

<b>1 Vorwort.....</b>	<b>4</b>
<b>2 Rechtsextremismus .....</b>	<b>6</b>
2.1 Allgemeines.....	6
Entwicklung 1991 .....	6
2.2 "Nationaldemokratische" Organisationen .....	7
2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) .....	7
2.2.2 Junge Nationaldemokraten (JN) .....	10
2.2.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB).....	12
2.3 "National-freiheitliche" Organisationen .....	13
2.3.1 Deutsche Volksunion e.V. (DVU).....	13
2.3.2 Deutsche Volksunion (DVU) .....	14
2.4 "Deutsche Liga für Volk und Heimat" .....	16
2.5 "Die Republikaner" (REP) - Landesverband NRW .....	19
2.6 Neonazistische Organisationen.....	21
2.6.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	22
2.6.2 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) .....	24
2.6.3 Deutsche Alternative (DA) .....	24
2.6.4 "Der Deutsche Weg" (DW).....	25
2.6.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG).....	25
2.6.6 Nationalistische Front (NF) .....	26
2.7 Skinheads .....	28
2.8 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen.....	30
2.8.1 Wiking-Jugend e.V. (WJ).....	30
2.8.2 Kulturelle und völkische Vereinigungen .....	32
<i>Freundeskreis Unabhängige Nachrichten</i> .....	32
2.8.3.1 Revisionismuskampagne .....	32
2.8.3.2 Propagandamaterial aus dem Ausland .....	33
2.8.3.3 Rechtsextremistische Schriften im Eigendruck.....	33
<b>3 Linksextremismus .....</b>	<b>35</b>
3.1 Allgemeines.....	35
3.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Nebenorganisationen .....	36
3.2.1 DKP .....	36
3.2.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) .....	40
3.3 "Neue Linke" .....	41
3.3.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	41
3.3.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) .....	44
3.3.3 Marxistische Gruppe (MG).....	45
3.4 Anarchismus .....	46

<b>4 Terrorismus .....</b>	<b>50</b>
4.1 Allgemeines.....	50
4.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld .....	50
4.3 Revolutionäre Zellen (RZ) .....	58
<b>5 Ausländerextremismus und -terrorismus .....</b>	<b>61</b>
5.1 Allgemeines.....	61
5.2 Auswirkungen des Golfkriegs.....	61
5.3 Türken .....	62
5.3.1 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADUTDF).....	62
5.3.2 Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB).....	62
5.3.3 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (KAPLAN- Verband).....	62
5.3.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) .	63
5.3.5 DEVRIMCI SOL (DEV SOL- Revolutionäre Linke) .....	63
5.3.6 Reaktionen auf Übergriffe gegen Ausländer .....	65
5.4 Kurden.....	65
5.4.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	65
5.4.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) .....	68
5.4.3 Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK).....	68
5.4.4 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-KURDISTAN).....	68
5.4.5 Kurdistan Komitee in der BRD e.V.....	69
5.4.6 Kurdistan-Solidaritätsgruppen.....	69
5.4.7 PKK und Kurdenproblem .....	69
5.4.8 Aktivitäten sonstiger kurdischer Extremisten .....	69
5.5 Iraner.....	70
5.5.1 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV) .....	70
5.5.2 Aktivitäten sonstiger oppositioneller Gruppen.....	70
5.6 Srilanker (Tamilen).....	70
5.7 Reaktionen auf die Nahost-Friedenskonferenz .....	71
5.8 Auswirkungen des Konflikts im früheren Jugoslawien.....	71
5.9 Spanier.....	72
5.10 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten.....	72
5.10.1 Ausgeführte Gewalttaten .....	72
5.10.2 Angedrohte Gewalttaten .....	74
<b>6 Spionageabwehr.....</b>	<b>75</b>
6.1 Allgemeines.....	75

6.2 Lagebericht .....	75
6.2.1 Nachrichtendienste der ehemaligen DDR.....	75
6.2.2 Östliche Nachrichtendienste .....	77
6.2.3 Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens..	79
6.3 Ausblick für die Spionageabwehr .....	79
<b>7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums .....</b>	<b>81</b>
7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	81
7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten .....	81
<b>Anlage: Entwicklung des NADIS-Datenbestandes.....</b>	<b>82</b>

## 1 Vorwort



Am 7. Juli 1976 - vor 16 Jahren - führte Ministerpräsident Heinz Kühn in einer Regierungserklärung aus:

“Die Landesregierung hält die Gewährleistung der Freiheit in diesem Lande, die Sicherung des Staates in seiner verfassungsmäßigen Ordnung für wichtigste Ziele ihrer Politik, weil menschenwürdiges Leben und verantwortungsbewußte Gestaltung der Zukunft nur auf der Grundlage eines Gemeinwesens möglich sind, das nach den Grundsätzen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gestaltet ist.”

Er kennzeichnete damit den Kampf gegen Terror und Extremismus von rechts und links als besondere Schwerpunkte der Landespolitik. Diese Ausführungen hätten gleichermaßen von jeder Regierung unseres Landes gemacht werden können, denn bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen waren sich in diesem Punkte alle demokratische Verantwortung Tragende einig.

So stand für sie auch nie in Frage, dem Verfassungsschutz, der Institution, der - neben anderen - grundgesetzlich der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aufgegeben ist, den ihm gebührenden Platz einzuräumen.

Der Verfassungsschutz ist ein Nachrichtendienst, dessen Aufgabe die Information von Parlament, Regierung und Bevölkerung ist. Ein Nachrichtendienst in einem demokratischen Rechtsstaat hat nichts gemeinsam mit den geheimnisumwitterten, furchterregenden Repressionsapparaten der Diktaturen. Er besitzt keinerlei exekutive Befugnis, kann keine Durchsuchung oder Verhaftung vornehmen, er hat einen gesetzlich streng limitierten Auftrag, unterliegt der Kontrolle von Parlament, Rechnungshof und Datenschutzbeauftragten, er unterrichtet die Öffentlichkeit über die wesentlichen Ergebnisse seiner Arbeit. Er war auch nie ein Kind des Kalten Krieges, wie es heute manche Kritiker dieser Institution meinen. Er ist vielmehr hervorgegangen aus den traumatischen Erfahrungen mit Weimar, der Erkenntnis, daß auch die Demokratie sich ihrer Feinde erwehren muß. Diese Erkenntnis brach sich nicht erst nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltsystems Bahn, sie entwickelte sich schon lange vorher. Klaus Stern weist zu Recht in seinem Aufsatz über “Die wehrhafte Demokratie nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland” darauf hin, daß vor allem Wissenschaftler in der Emigration sich eingehend mit der Frage der Verteidigung der Demokratie beschäftigt haben. Hier sei verwiesen auf Karl Loewenstein und Karl Mannheim, der

schon 1941 von der "streitbaren Demokratie" sprach und auf Dolf Sternberger, der 1946 den Satz prägte: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit". Diese Überlegungen ließen dann Professor Carlo Schmid vor dem Plenum des parlamentarischen Rates ausführen:

"Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weitergehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen".

Diesen Überlegungen trugen die Mitglieder des parlamentarischen Rates Rechnung, sie entschieden sich für eine abwehrbereite, wehrhafte Demokratie und dazu gehört der in den Artikeln 73 Nr. 10 und 87 Abs. 1 des Grundgesetzes vorgesehene institutionelle Verfassungsschutz.

Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlichen Demokratie, seine Informationen sind nötig, um angemessen und rechtzeitig reagieren zu können. Die von ihm gelieferten Informationen können im Einzelfall zu einem Parteien- oder Vereinigungsverbot führen, in jedem Fall wird die geistig-politische Auseinandersetzung mit den Feinden der Freiheit ermöglicht. Die Bürger - und übrigens meist auch die Medien - können nicht hinter die oft verlogenen Fassaden extremistischer Organisationen blicken. Das wirkliche, oft verschleierte Wollen der Extremisten ist nun einmal in den meisten Fällen nur durch eine verdeckte Ermittlung zu erfahren.

Dabei möchte ich betonen, entscheidender als Verbotsverfahren ist die informierte, geistig-politische Auseinandersetzung aller Bürger mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Denn nur dann, wenn der Bürger erkennt, wo die Feinde der Demokratie und damit seine Feinde stehen, wird diese Demokratie - gefestigt in mehr als 40 Jahren - Bestand haben.

Nicht zuletzt unter Berücksichtigung dieser Erkenntnis hat die Innenministerkonferenz am 22. Mai 1992 eine Aufklärungskampagne über die Gefahren des Extremismus, insbesondere der extremistisch motivierten Fremdenfeindlichkeit für notwendig erklärt.

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist nicht allein durch Repressionen erreichbar, schon im Vorfeld muß ermittelt und aufgeklärt werden. Und diese Aufgabe obliegt schwergewichtig den Behörden für Verfassungsschutz. Ich bin sicher, daß auch der Verfassungsschutz unseres Landes seinen angemessenen Teil bei der Bewältigung dieser Aufgabe beitragen wird.

(Auszug aus einer Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen" im Innenministerium am 10.06.1992)

## 2 Rechtsextremismus

### 2.1 Allgemeines

Zwischen den Organisationen der rechtsextremistischen Szene gibt es Unterschiede z. B. in der Mitgliederstruktur, in den Argumentationsschwerpunkten und auch in den Zielsetzungen. Gemeinsame in der rechtsextremistischen Agitation deutlich werdende Merkmale sind jedoch:

- *Rechtsextremisten sind fremdenfeindlich mit einer rassistischen Grundtendenz. Die Ausländerproblematik, insbesondere die steigende Zahl von Asylbewerbern, ist ein Agitationsfeld, mit dem sie glauben, beachtliche Schichten der Bevölkerung auf ihre Seite bringen zu können. Die Verknüpfung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsmisere mit dem Ausländerproblem ist eine der propagandistisch wirksamen demagogischen Vereinfachungen, derer sich Rechtsextremisten bedienen.*
- *Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten ist die Vision der Rechtsextremisten von der Wiedervereinigung noch nicht erfüllt. Die Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesregierung wird auch künftig einen Ansatz für die Propaganda rechtsextremistischer Agitatoren darstellen. Darüber hinaus umfaßt ihre Vorstellung von einem künftigen Deutschland auch Gebiete, die außerhalb der Grenzen von 1937 liegen.*

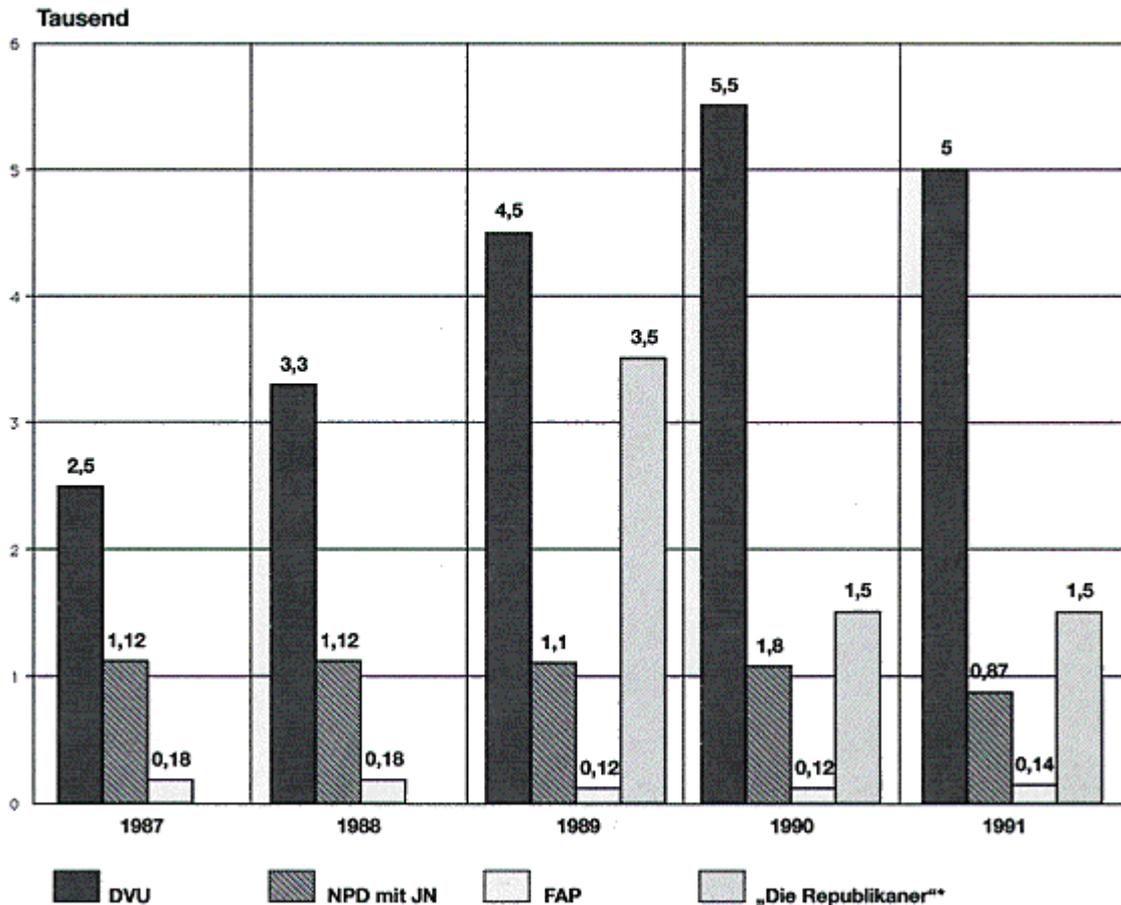
Insbesondere mit obigen Agitationspunkten will man jene Bevölkerungsgruppen ansprechen, die für fremdenfeindliche und nationalistische Parolen empfänglich sind.

- *Rechtsextremisten sind Anhänger einer totalitären Ideologie, die einen extremen Alleingültigkeitsanspruch erhebt. Andersdenkende werden pauschal abqualifiziert. Auf dem Niveau politischer Stammtischstrategen wird der Geist der Unversöhnlichkeit, der Vergeltung und der Aufrechnung verbreitet. Viele sind Anhänger sogenannter Verschwörungstheorien ("weltweite Verschwörung von Juden und Freimaurern zur Vernichtung des deutschen Volkes"). Die rechtsextremistische Wertordnung enthält oft ein ausdrückliches Bekenntnis zur Gewalt ("Rassenfeinde", "lebensunwertes Leben").*

### Entwicklung 1991

Für den Bereich des organisierten Rechtsextremismus waren 1991 organisatorische Veränderungen bzw. Neuformierungen sowie ein Anstieg der Propagandatätigkeit festzustellen. Die Zahl der Mitglieder war rückläufig.

## Entwicklung der Mitgliedschaften Rechtsextremistische Organisationen DVU, NPD mit JN, FAP, „Die Republikaner“



\*) Planmäßige Beobachtung d. Landesverb. NRW seit 30.09.1989

In der nicht von Parteien oder festfügten Vereinigungen getragenen, neonazistisch geprägten militanten Szene verschärfte sich 1991 die Bedrohungslage. Eine von Fremdenhaß diktierte Kampagne, an der sich insbesondere gewalttätige Skinheads beteiligten, richtete sich gegen Ausländer, Asylbewerber und deren Unterkünfte. Diese Gewalttaten stellen eine permanente Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar.

## 2.2 "Nationaldemokratische" Organisationen

### 2.2.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz: Stuttgart  
 Sitz Landesverband NRW: Bochum-Wattenscheid  
 Mitglieder: 6.000 Bund (1990: 6.500)  
 800 NRW (1990: 1.000)

#### Publizistische Agitation, insbesondere gegen Ausländer und Asylbewerber

Die NPD und ihre Jugendorganisation, Junge Nationaldemokraten (JN), verfolgen völkisch-kollektivistische Vorstellungen. Ihnen schwebt eine "Volksgemeinschaft"

vor, die den Vorrang der Gemeinschaftsinteressen vor den Freiheitsrechten des Individuums fordert. Ihre rassistisch gefärbte Agitation richtet sich gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber.

# ASYL

---

## Noch nie war Urlaub so preiswert wie heute!

---

# NPD

Günnigfelder Straße 101a  
4630 Bochum 6

V.i.S.d.P.: Erwin Kemna - Eigendruck

Die vom Parteivorstand der NPD herausgegebene Parteizeitung "Deutsche Stimme" erscheint monatlich in einer Auflage von ca. 70.000 Exemplaren. Der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen gibt die Monatsschrift "NPD Deutsche Zukunft - Landesspiegel NRW" (Auflage 2.000 Exemplare) heraus. Die Agitation richtet sich insbesondere gegen die Anerkennung der Westgrenze Polens und gegen Ausländer:

"Deutschlands Ostgrenze liegt an der Memel! " "Asylbetrug, Ausländerkriminalität, Überfremdung ohne Ende?"

Der NPD Landesspiegel greift die von der Bundespartei in der "Deutschen Stimme" vorgegebenen Propagandathemen auf. Darin nimmt die letztlich von einer rassistischen Grundeinstellung geprägte Agitation gegen Ausländer und Asylbewerber breiten Raum ein:

"Nun muß ich gestehen, daß mir als engagierter Tierfreund ein deutscher Schäferhund näher steht als Asylanten aus dem Balkan oder anderen exotischen Ländern, die mir meine Heimat verfremden ... "

(Nr. 4/5 1991)

"... Deutsche fühlen sich direkt bedroht. Frauen werden ständig belästigt, und in den Kaufhäusern klauen Asylanten wie die Raben ... "

“ Während man früher den Heuschrecken mit DDT zuleibe rücken konnte, ist dieses bei Ausländern natürlich nicht möglich. “ (Nr. 10/1991)

“ ... Dafür hat Deutschland: Zu viele Ausländer. Türken. Polen. Tamilen. Ghanesen. Zigeuner. Pakistani. Libanesen. Als Drogendealer. Als Asylschwindler. Als Sozialhilfebetrüger. Als Schlepper. ... und unfähige Parteien, egal ob schwarz, rot oder grün. “ (Nr. 10/199)

### **Finanzsituation**

In finanzieller Hinsicht gelang es der NPD auf Bundesebene mit Hilfe von Spenden und drastischen Einsparungen ihre desolate Finanzsituation zu verbessern. Die finanzielle Situation des NPD-Landesverbandes NRW wird dagegen im wesentlichen von einem Mitgliederrückgang und damit rückläufigen Beitragseinnahmen sowie von mangelnder Beitragsdisziplin bestimmt.

### **NPD plant Volksbegehren 1991**

Der NPD Landesverband NRW bemüht sich seit Anfang, in der Öffentlichkeit politisch Profil zu gewinnen und versucht, ein Volksbegehren für ein “Gesetz zur Rückführung asylmißbrauchender Ausländer in die Heimatländer” in die Wege zu leiten. Ende 1991 waren die erforderlichen 3.000 Unterschriften für den Antrag auf Zulassung der Listenauslegung noch nicht beigebracht; auch blieb die erhoffte Medienwirksamkeit aus.

Das Volksbegehren wird von der “Bürgerinitiative Ausländerstopp” (BIA), hinter der sich die NPD verbirgt, initiiert. Die BIA hatte bereits 1980 und 1982 erfolglos versucht, die Volksbegehren “Rückführung der Ausländer in ihre Heimat” und “Einführung der muttersprachlichen Regelklassen für ausländische Schüler in Nordrhein-Westfalen” zu beantragen.

### **Landesparteitag - Bundesparteitag**

Sowohl auf dem Parteitag des NPD-Landesverbandes NRW am 21. April 1991, der keine Veränderung in der Führungsspitze brachte, als auch auf dem Bundesparteitag am 8./9. Juni 1991 in Herzogenaurach (Krs. Erlangen) zeigte sich die Partei optimistisch. Der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende aus Oberhausen und der neugewählte Bundesvorsitzende Günter DECKERT aus Weinheim betonten jeweils, daß es in Zukunft weder eine Neuauflage des Wahlbündnisses mit der Deutschen Volksunion (DVU) noch eine Zusammenarbeit mit der “Deutschen Liga für Volk und Heimat” geben werde.

Die kategorische Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der DVU wurde jedoch nicht aufrechterhalten. Seit Mitte 1991 bewegen sich NPD und DVU wieder aufeinander zu.

### **Deutschlandtreffen der NPD**

Das “Deutschlandtreffen” der NPD fand 1991 in Gera statt. An dem Demonstrationsszug am 3. Oktober und der sich anschließenden Kundgebung mit jeweils mehr als 500 Personen beteiligten sich auch NPD-Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen. Die Spitze des Demonstrationsszuges bildete eine Spielmannsgruppe der Wiking-

Jugend (WJ). Die Teilnehmer führten NPD/JN-Fahnen sowie Transparente mit Aufschriften wie "Deutschland den Deutschen", "Ausländerstopp", "Schluß mit dem Asylbetrug" mit.

## **2.2.2 Junge Nationaldemokraten (JN)**

### **Organisation**

Sitz:	Stade	
Mitglieder:	550 Bund	(1990:750)
	70 NRW	(1990: 80)

Die JN lehnen die in der Bundesrepublik herrschenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab und fordern über eine Revolution zu einer neuen Gesellschaftsform, der völkischen Solidargemeinschaft, überzugehen.



Bei den JN ist ein Hang zu radikalerem Verhalten erkennbar. So heißt es in der 3. Ausgabe der vom JNBundesvorstand vierteljährlich herausgegebenen Schrift "Einheit und Kampf" "... müssen die JN zu einer aktivistischen, höchstmobilen, völlig entbürokratisierten, autonomen Gruppe von politisch Militanten werden." Das Mitteilungsblatt der JN in Nordrhein-Westfalen, "JNINTERN", fordert in seiner

Ausgabe Nr. 1/91, das Bewußtsein der JN müsse sich endlich weg vom Freizeitverein hin zur "nationalistischen Kampforganisation" wandeln.

### **JN wollte Abgrenzung zur NPD**

In dem Bemühen, mehr Eigenprofil zu gewinnen und sich von der "laschen Mutterpartei" abzusetzen, hatten die JN die Erneuerung ihres Verbandes diskutiert und waren zur Ansicht gelangt, mit Gründung eines Vereins zu verhindern, daß die JN bei einer "Pleite der NPD" zur "Verhandlungsmasse" gehört. So faßte der JN-Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 23./24. Februar 1991 in Bochum-Wattenscheid den Beschluß, für den Fall der Zustimmung des Parteivorstandes unter Beibehaltung des Namens einen eingetragenen Verein zu gründen.

Der Beschluß wurde vom NPD-Bundesvorstand als indiskutabel abgelehnt.

### **JN-Landeskongreß NRW**

Im Zusammenhang mit der gescheiterten Neuformierung dürfte auch der Rücktritt des Landesvorsitzenden auf dem JN-Landeskongreß NRW am 10. August 1991 in Oberhausen stehen. Der neugewählte JN-Landesvorsitzende will sowohl überkommene Strukturen, die sich bewährt haben, als auch moderne Führungskonzepte in seiner künftigen Arbeit berücksichtigen.

### **"Regionale Aktionsgruppen" gegründet**

Im Mitteilungsblatt des JN-Bundesvorstandes "Einheit und Kampf" (Nr. 4/1991) wird die Gründung von "Regionalen Aktionsgruppen" (RAG) angekündigt. Im Rahmen dieser Strukturreform sind in Nordrhein-Westfalen 1991 die JN-Kreisverbände "Niederberg" und "westlicher Mittelrhein" gegründet worden.

Der JN-Kreisverband Niederberg umfaßt die Städte Düsseldorf, Duisburg und Wuppertal sowie den Kreis Mettmann; der JN-Kreisverband westlicher Mittelrhein schließt die Stadt Aachen und die Kreise Aachen-Land, Heinsberg und Düren ein.

## **2.2.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)**

Sitz:	Wuppertal	
Mitglieder:	50 Bund	(1990: 50)
	15 NRW	(1990: 15)

Der NHB wurde 1967 in Tübingen als Nebenorganisation der NPD gegründet. Er bezeichnet sich in seiner Satzung als "Studentenverband der NPD".

Nach Jahren der Inaktivität gibt der NHB seit Oktober 1990 die Publikation "Vorderste Front (VF) - Zeitschrift für politische Theorie und Strategie" heraus.

### **Nationalismuskussion**

Die neue Schrift, deren Vorläufer der 1987 eingestellte "NHB-Report" war, ist von der NPD bislang wenig begeistert aufgenommen worden. Die in ihr getroffenen zunehmend radikaleren Aussagen, insbesondere über die Notwendigkeit revolutionärer Kader, weisen Parallelen zu der in der JN geführten Diskussion auf. Grundidee der Schrift ist, die politisch-theoretische Diskussion innerhalb des national-

demokratischen Lagers auf eine breitere Basis zu stellen, um damit Voraussetzungen für eine Fortschreibung der Grundlagen des Nationalismus zu schaffen, den die Herausgeber für reformbedürftig halten. Änderungen könnten nur durch eine nationale Revolution erfolgen, d.h. durch einen "nationalrevolutionären Dritten Weg", der die "sterilen Haßschablonen des Kapitalismus/Liberalismus und Kommunismus/Marxismus" hinter sich lasse.

## **2.3 "National-freiheitliche" Organisationen**

### **Zielsetzung**

Die "national-freiheitlichen" Organisationen, die im wesentlichen durch die Deutsche Volksunion (DVU) einschließlich der Deutschen Volksunion e.V. mit ihren Aktionsgemeinschaften verkörpert werden, erheben keinen ideologischen Anspruch im Sinne einer festgefügt Weltanschauung. Die Wochenzeitungen ihres Bundesvorsitzenden Dr. FREY,

- *"Deutsche National-Zeitung" (DNZ)*
- *"Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger" (DWZ/DA) (Gesamtauflage über 100.000 Exemplare), greifen Tagesthemen auf und ordnen sie langjährig entwickelten rechtsextremistischen Feindbildern zu.*

Beherrschendes Thema der Wochenzeitungen ist eine rassistisch gefärbte Agitation gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber. So heißt es etwa, Spitzenpolitikern der etablierten Parteien schwebt eine völlige Veränderung der Bevölkerung in Deutschland vor. Künftig solle es sich nicht mehr um ein homogenes deutsches Volk handeln, sondern um Menschen aller möglichen Kulturkreise und Rassen (DWZ/DA vom 23. August). Die Zustimmung zu einer Politik, die Deutschland "entdeutschen" wolle, schwinde jedoch rapide (DWZ/DA vom 6. September). Nicht wenige der Asylbewerber seien Zigeuner, die nicht aus politischen, sondern aus strafrechtlichen Gründen verfolgt würden (DNZ vom 5. Juli).

Bemerkenswert an den Presseartikeln ist die subtile Agitationsmethodik. Die Verfasser stellen, ohne die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der DVU unmittelbar offen darzulegen, die politischen Inhalte der DVU - rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit - als positiv dar.

### **2.3.1 Deutsche Volksunion e.V. (DVU)**

#### **Organisation**

Die DVU wurde 1971 in München als Auffangbecken für ehemalige NPD-Anhänger gegründet. Nach ihrer Satzung haben die Mitglieder außer der Zahlung monatlicher Beiträge keine weiteren Verpflichtungen. Sie versteht sich im Gegensatz zur Wahlgemeinschaft Deutsche Volksunion als überparteiliche Vereinigung.

Die von der DVU geschaffenen Aktionsgemeinschaften sind integrierte Bestandteile der DVU. Ihre Veröffentlichungen erscheinen fast ausschließlich in den "national-freiheitlichen" Wochenzeitungen von Dr. FREY. Der Beitritt zu einer Aktionsgemeinschaft begründet kraft Satzung gleichzeitig die Mitgliedschaft in der DVU.

#### **Aktionsgemeinschaften**

Die im Vorjahr traten die sechs Aktionsgemeinschaften mit eigenständigen Aktionen kaum an die Öffentlichkeit:

- *Die Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) will den Gedanken einer Generalamnestie für bisher ungesühnte NS-Verbrechen verbreiten.*
- *Die Aktion Oder-Neiße (AKON) agitiert vor allem in ostpolitischen Fragen. So lehnt sie die Ostverträge, soweit sie über eine Gewaltverzichtserklärung hinausgehen, als "null und nichtig" ab.*
- *Die Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) betrachtet die "Bewahrung des deutschen Charakters von Deutschland" als Grundvoraussetzung des "Weiterlebens unseres Volkes" und wendet sich gegen den Mißbrauch des Asylrechts durch "Wirtschaftsflüchtlinge".*
- *Die Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) kämpft gegen eine behauptete "linke bis linksradikale Tendenz" von Rundfunk- und Fernsehsendungen an, in denen gegen die "Lebenrechte und Lebensinteressen des deutschen Volkes" agitiert werde.*
- *Der Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten wendet sich gegen die "Verleumdung des deutschen Soldaten" und will dessen Ansehen und Ehre unter strafrechtlichen Schutz gestellt wissen.*
- *Der Deutsche Schutzbund für Volk und Kultur versteht sich als "überparteiliche Vereinigung verantwortungsbewußter Deutscher" und fordert insbesondere den Schutz des deutschen Volkstums, der deutschen Sprache und Kultur sowie die Erhaltung der Deutschen Mark.*

### **2.3.2 Deutsche Volksunion (DVU)**

#### **Organisation**

Sitz:	München		
Mitglieder:	21.500 alte Länder	(1990:	22.000)
	2.500 neue Länder		
	unter 5.000 NRW	(1990:	5.500)



## Deutsche Volksunion – Die stärkste rechte Kraft

Die DVU wendet sich an alle, die es gut mit Deutschland meinen. Nach der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland, für die die DVU immer gekämpft hat, kommt es jetzt darauf an, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt. Bitte füllen Sie gleich die Meinungsumfrage unten aus. Wir fordern:

### Ausländer-Regrenzung jetzt!

- Wir sind kein Einw
- Scheinasylanten mi
- Kein Wahlrecht für
- Kriminelle Auslän
- Deutsches Geld fi
- Kein Zustrom vor
- Deutschland der
- Gleichberechtigt



Um die bundesweit festzustellende Abwärtsbewegung durch eine Konzentration der Kräfte festzuhalten, hat der Gründer und Vorsitzende der DVU, Dr. FREY, organisatorische Maßnahmen durchgeführt:

#### DVU-Liste D umbenannt

- Auf der alljährlich in Passau stattfindenden DVU Kundgebung am 16. Februar 1991 (ca. 3.000 Teilnehmer) wurde durch Satzungsänderung die Umbenennung der Deutschen Volksunion - Liste D in Deutsche Volksunion (DVU) beschlossen.

# US-Massaker am Golf?

Die wirklichen Kriegsgründe (Seite 2)

# Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 3/34. Jahrgang  
11. Januar 1991  
2,- DM  
13,- OS / 1500 LR

## Deutscher Anzeiger

DSZ-Verlag  
D-8000 München 60  
R 2343 C

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

# Verschwörung gegen Deutschland

## Jüdischer Weltkongreß wollte Wiedervereinigung verhindern

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen plädiert laut einer Meinungsumfrage des „American Jewish Committee“ dafür, die Erziehung an den Hebräer zu verweigern. Dieser Ansicht steht weitestgehend die Mehrheit der Wissenschaftler gegenüber. In der Wissenschaft der 20. Jahrhundert nach dem Untergang des NS wird die jüdische Kultur in der Regel einseitig propagandistisch dargestellt. In der Tat ist die jüdische Kultur ein zentraler Bestandteil der westlichen Kultur. In der Tat ist die jüdische Kultur ein zentraler Bestandteil der westlichen Kultur. In der Tat ist die jüdische Kultur ein zentraler Bestandteil der westlichen Kultur.

1990 hatte die DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG auf Tatsachen verwiesen, die jetzt mehr und mehr aus dem öffentlichen Gedächtnis der westlichen Welt zu verschwinden drohen. In der Tat ist die jüdische Kultur ein zentraler Bestandteil der westlichen Kultur. In der Tat ist die jüdische Kultur ein zentraler Bestandteil der westlichen Kultur.

**NATIONAL-ZEITUNG-  
Leser wissen die  
Wahrheit**

## Die Blutschuld der USA



In dieser Haltung des Weltkongresses sah auch SED/PSD-Chef Gregor Gysi die beste Chance zur „Einigung der DDR“. Nach im Februar und März 1990 vertrat er die Auffassung, daß „Jedenfalls dem Judentum die Verantwortung für die Wiedervereinigung der DDR zu vernein und somit die Wiedervereinigung in letzter Minute zu verhindern.“

### “Deutscher Anzeiger” eingestellt

- Mit Ablauf des Jahres 1990 hat der von Dr. FREY herausgegebene “Deutsche Anzeiger” (DA), das offizielle Publikationsorgan der DVU, sein Erscheinen eingestellt. Die ebenfalls von Dr. FREY herausgegebene “Deutsche Wochen-Zeitung” (DWZ) führt seit ihrer Ausgabe vom 4. Januar 1991 den Untertitel “Deutscher Anzeiger”.

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 29. September 1991 erreichte die DVU 6,2 % der Stimmen. Zentrales Wahlkampfthema war die Agitation gegen “A-sylbetrug und Überfremdung”.

Besondere Aktivitäten im Landesverband Nordrhein-Westfalen waren 1991 kaum zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist, daß

- der Landesvorstand NRW sich nicht funktionsfähig zeigte, es sich bei den Mitgliedern überwiegend um Bezieher der Publikationen des Dr. FREY handelt, die außer Zahlung der monatlichen Beiträge und eventuellem Besuch der jährlichen Großveranstaltung in Passau keine wesentlichen Aktivitäten entwickeln.

### 2.4 “Deutsche Liga für Volk und Heimat”

Sitz: Landshut  
(seit Februar 1992 Berlin)

Mitglieder: 800 Bund  
150 NRW

## „Deutsche Liga für Volk und Heimat“

Sitz: Landshut  
(seit Februar 1992 Berlin)

Mitglieder: 800 Bund  
150 NRW

**Schöne Zustände:**

# **WOHNRECHT IN** **DEUTSCHLAND -** **NUR FÜR ASYLANTEN!**



*Fast eine Million Obdachlose gibt es in Deutschland.*

*An die zwei Millionen Wohnungen fehlen in der Bundesrepublik.*

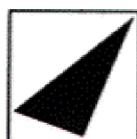
*Das Grundgesetz sieht kein Grundrecht auf Wohnraum für Deutsche vor.*

*Deutschen, die unverschuldet ihre Wohnung verlieren, bleibt oft nur der Weg in die Obdachlosigkeit.*

**Das Recht auf Unterhalt und Unterbringung in Deutschland erhalten nur Asylbewerber, die einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik stellen. Allein 1991 waren dies rund 240000 Personen.**

*Für ihre Unterbringung müssen immer mehr Wohnungen, Apartmenthäuser, Pensionen und öffentliche Gebäude in Asylanten-Unterkünfte umgewandelt werden, - Wohnraum, der für einheimische Wohnungssuchende nicht zur Verfügung steht. Die Kosten für die Unterbringung von Asylanten in Deutschland gehen in die Milliarden.*

**Schluß damit!**



**DEUTSCHE LIGA**  
**FÜR VOLK UND HEIMAT**

## **Aufbau einer neuen rechtsextremistischen Vereinigung**

Vor dem Hintergrund damals ausbleibender Wahlerfolge und rückläufiger Mitgliederzahlen vor allem bei NPD und DVU diskutierte etwa seit Mitte 1990 eine Gruppe führender Vertreter der NPD mit "Republikanern" einen erneuten Sammlungsversuch aller "nationalen Kräfte". Man einigte sich zunächst darauf, einen Förderverein "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte" ins Leben zu rufen als Vorstufe für die Gründung einer neuen Partei. Doch schon vor dem Parteigründungskongreß war abzusehen, daß die Gründung zu einer weiteren Zersplitterung des organisierten Rechtsextremismus beitragen wird. Die Entwicklung dieser neuen Organisation nahm folgenden Verlauf:

- *Am 18. Januar 1991 konstituierte sich in München der Verein "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte" als "Sammlungsvereinigung demokratischer Patrioten".*
- *Am 3. August 1991 fand in Würzburg eine Sitzung des Bundesvorstandes statt, auf der die Umbenennung der "Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte" in "Deutsche Liga für Volk und Heimat" beschlossen wurde.*
- *Am 3. Oktober 1991 führte die "Deutsche Liga" in Villingen-Schwenningen ihren offiziellen Gründungskongreß durch, an dem ca. 500 Personen teilnahmen.*
- *In den aus drei Personen bestehenden Sprecherrat, der die Organisation leitet, wurden alles ehemalige Funktionäre der NPD bzw. der "Republikaner" gewählt.*

Der politische Standort der "Deutschen Liga" wird nicht nur aus dem politischen Vorlauf ihrer Funktionäre, sondern vor allem aus den politischen Aussagen in ihrem Publikationsorgan "Deutsche Rundschau" (Auflage 70.000 Exemplare) und aus dem als "Gründungsmanifest" bezeichneten vorläufigen Parteiprogramm deutlich. Das endgültige Programm wird noch von einer Programmkommission entwickelt.

Die Aussagen enthalten sprachliche und ideologische Anlehnungen an die kollektivistische Ideologie der NPD bzw. Formulierungen wie "Schäden am Gemeinschaftsbewußtsein", "Gruppenegoismen der Parteien und Verbände". Die "multikulturelle Gesellschaft" sowie Fremdbestimmung jeder Art werden abgelehnt. Es wird eine Ausländerpolitik gefordert, die den "berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes" entspreche. Die rechtsextremistische Ausrichtung des Programms wird auch durch die Forderung offenbar, eine Geschichtsschreibung zu ermöglichen, die der "Wahrheit" entspreche und sich "nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen" lasse.

## **Aufbau in Nordrhein-Westfalen**

Der vom Bundesvorstand der "Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte" mit dem Aufbau eines Landesverbandes NRW beauftragte ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der "Republikaner" bemühte sich im ersten Halbjahr 1991, organisatorische Strukturen zu schaffen. Durch den Wechsel der dem Rat der Stadt Köln angehörenden "Republikaner" zur "Deutschen Liga" verfügte diese Organisation schon vor der offiziellen Gründung des Landesverbandes über eine funktionsfähige

ge Basis. Um Mitglieder zu werben, wurden in mehreren Städten Veranstaltungen durchgeführt, so u. a. am 14. September 1991 in Köln mit einer Demonstration gegen das Bleiberecht der Roma und Sinti.

In einer an politische Parteien und Organisationen übersandten Dokumentation wird unter der Überschrift "Zigeunerskandal ohne Ende" die Stadt Köln am "1. Platz auf der Romahitliste" bezeichnet. Die "Deutsche Liga" erhebt in dem Papier die Forderung

"Scheinasylanten und kriminelle Ausländer raus -nein zur multikulturellen, multikriminellen Gesellschaft auf deutschem Boden - nein zu immer mehr Überfremdung - nein zu immer mehr Asylanten und Zuwanderern. "

### **Landesparteitag**

Der konstituierende Landesparteitag NRW der "Deutschen Liga" fand am 26. Oktober 1991 in Köln statt.

## **2.5 "Die Republikaner" (REP) - Landesverband NRW**

### ***Organisation***

Sitz: Düsseldorf  
Mitglieder: 1 500 (1990: 1 500)

## „Die Republikaner“ (REP) Landesverband NRW

Organisation Sitz: Düsseldorf  
Mitglieder: 1 500 (1990: 1 500)



Asylmißbrauch bedroht den  
inneren Frieden, fördert  
die Krimin

**DIE  
REPUBLIKANER**

ORTSVERBAND PLETTENBERG



Millionen von Ausländern auf  
Deutschland ist aber kein El  
Die unkontrollierte Masse  
unsere ökologischen und ö  
Die finanziellen Belastung  
Unsere kulturelle und nat

- Noch größer
- Grenzenlos
- Steigende €
- Sozialer Sf

Zu dichtes Aufeinand  
Kulturen, Religionen

Liebe Bürger! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren!

Wir REPUBLIKANER erhalten viel anonyme Post. In den letzten Tagen gingen bei uns zwei Belleiden ein, die viel Wahrheit und Beschreibung der Zustände in unserem Land darstellen. Es liegt uns fern, unser deutsches Vaterland und unsere Nationalhymne zu verunglimpfen - aber ist es nicht so wie Sie, liebe Plettenberger, nachstehend lesen?

Das neue Deutschland-Lied von heute !

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt.  
Polen, Türken, Libanesen, alles lebt von unserem Geld!  
Dann die Perser, Jugoslawen, auch die Schwarzen noch dazu.  
Deutschland, Deutschland über alles, denn Du bist die beste Kuh.

Nix verstehen, weil ich Türke, aber Kasse immer stimmt.  
Deutschland, Deutschland über alles, zahlt serr gutt für jedes Kind.  
Wozu soll ich hier noch schaffen, das erledigt doch mein Glied.  
Deutschland, Deutschland über alles, ach wie schön ist dieses Lied.

Ja, die Roten und die Grünen machen es uns wirklich leicht.  
Was die REPs verwehrten, haben wir jetzt schnell erreicht.  
Wenn wir erst zur Urne schreiten mit dem Zettel in der Hand.  
Deutschland, Deutschland über alles, bald gehört uns dieses Land.

Der 1984 gegründete REP-Landesverband NRW wird seit Ende 1989 planmäßig beobachtet. Die Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen zeigen sich u. a. in einer nationalistischen und betont feindseligen Haltung gegenüber Ausländern, insbesondere Asylbewerbern, in Diffamierungen von Repräsentanten des parlamentarischen Systems und ihrer Parteien und durch mangelnde Distanz zu den Ereignissen im Dritten Reich.

Der im Vergleich zu 1989 (ca. 3 500) erhebliche Mitgliederschwund ist u. a. begründet:

- in internen Auseinandersetzungen
- *in Enttäuschung bei den Mitgliedern, die ihre hochgesteckten Erwartungen bei der Landtagswahl NRW 1990, aber auch bei der Bundestagswahl nicht erfüllt sahen*
- *in der Abwanderung von Funktionären und Mitgliedern zur "Deutschen Liga".*

### **REP-Landesmitgliederversammlung**

Die Landesmitgliederversammlung am 7. September 1991 in Gummersbach (als Ersatz für den am 7. Juli 1991 geplanten Landesparteitag) mit ca. 200 Teilnehmern führte zu einer Radikalisierung des Parteiprogramms. Zur Ergänzung des Programms beschlossen die Anwesenden die Annahme eines Strategiepapiers "Erziehungspolitische Leitgedanken", in dem es unter der Überschrift "Die Republikaner - eine patriotische Befreiungsbewegung" heißt:

"Die Republikaner in NRW betrachten sich nicht als eine Protest-, sondern als eine Befreiungsbewegung im Geiste der Humanität und der Aufklärung. Wir wollen unser Land befreien von den immer unverhüllter auftretenden Mächten des organisierten Verbrechens, der Geschichtslügner, der Drogenverführung, dem neuen atlantischen Imperialismus, dem Geist der Selbsterniedrigung, dem Kultur- und Werteverfall, der weltweiten Vermassung und Entwurzelung durch Völkerwanderung, der massiven Manipulation und Desinformation durch die Medien, der Bspitzelung und Verleumdung."

### **Aktivitäten**

Die Propagandaschwerpunkte der "Republikaner" werden deutlich an folgenden öffentlichen Aktionen:

- *Am 3. August 1991 veranstaltete der Kreisverband Düsseldorf eine Demonstration "gegen das illegale Roma-Lager in Düsseldorf"*
- *Am 8. September 1991 stürten REP-Mitglieder eine öffentliche Feierstunde des "Bundes der Vertriebenen" in Siegburg und verteilten Flugblätter, die sich gegen den "Verzicht auf die deutschen Ostgebiete" und den "Verrat an Deutschland" richteten.*

## **2.6 Neonazistische Organisationen**

### **Zielsetzung**

Die Neonazis unter den Rechtsextremisten fordern die Errichtung einer Staatsform und einer "Volksgemeinschaft", die dem Programm der historischen NSDAP von 1920 entsprechen. Sie propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage des Elite- und des Führerprinzips, der die eigene Rasse als höherwertig gegenüber anderen einschätzt und daher das deutsche Volk vor rassistisch "minderwertigen" Ausländern und insbesondere vor einer "Volksvermischung" bewahren will. Neonazis streben danach, nach Wiedezulassung der NSDAP - gegebenenfalls in ei-

nem revolutionären Akt - ein "Viertes Reich" zu gründen, das unter Ausschluß von Ausländern und Juden sowie nach der Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete das "Großdeutsche Reich" vergangener Zeiten wiederaufleben lassen soll.

Leitbild deutscher Neonazis war bis Anfang der achtziger Jahre HITLER. Inzwischen gibt es zahlreiche Neonazis, die heftige Kritik an HITLER üben. Vorbilder dieser "Nationalrevolutionäre" sind die NSDAP-Ideologen Dr. Otto STRASSER und Gregor STRASSER sowie der SA-Stabschef Ernst RÖHM. Sie werfen HITLER vor, er habe den Nationalsozialismus verraten.

### **Entwicklung 1991**

Die neonazistischen Gruppierungen entwickelten 1991 in Westdeutschland weniger Initiativen als in den Vorjahren. Sie verlagerten ihre Aktivitäten überwiegend in die neuen Länder. Wie 1990 waren es fast ausschließlich die Anhänger des im April 1991 verstorbenen Michael KÜHNEN, die dort zum Teil erfolgreich propagandistisch tätig wurden.

Die Handlungsfähigkeit der Neonazis wurde trotz geschwächter Organisationsstrukturen am 17. August 1991 in Bayreuth anlässlich einer Protestkundgebung gegen ein gerichtlich bestätigtes Verbot der Gedenkveranstaltung für Rudolf HESS in Wunsiedel deutlich. Die etwa 1500 Teilnehmer, eine noch vor wenigen Jahren im Bereich des Neonazismus für undenkbar gehaltene Zahl, setzten sich überwiegend zusammen aus deutschen Neonazis, Skinheads und Anhängern aus dem europäischen Ausland.

### **2.6.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)**

#### ***Organisation***

Sitz:	Oberhausen		
Bundesgeschäftsstelle:	Halstenbek		
Mitglieder:	150 Bund	(1990:	200)
	140 NRW	(1990:	120)

Die FAP hält nach wie vor an der Ideologie des Nationalsozialismus fest. Ihr Programm ist geprägt durch neonazistisches Gedankengut, insbesondere durch die übersteigerte Darstellung des Nationalismus als oberstes Ordnungsprinzip. Als Staatsziel stellt sich die FAP ein Deutschland vor, "das sich wieder zusammenfindet in der Volksgemeinschaft eines freiheitlichen, antiimperialistischen und klassenlosen Volksstaates."

Parteipublikation ist die vom Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse aus München herausgegebene "Neue Nation - Volkstreue Zeitung für Deutschland". Sie erscheint unregelmäßig.



## Entwicklung

### FAP-Parteitag verabschiedet neues FAP-Programm

Nach der schon 1989 erfolgten Ausgrenzung der Anhängerschaft KÜHNENS aus der FAP verließ 1990 auch der Flügel um den ehemaligen FAP-Generalsekretär Jürgen MOSLER aus Oberhausen die Partei. Weniger ideologische als personelle Streitigkeiten führten seit dem Bundesparteitag am 10. März 1990 in Aachen zu einem Abwärtstrend. Auch der FAP-Bundesparteitag am 19. Januar 1991 in Berlin, auf dem BUSSE in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt und das neue Programm "Unser Weg in das neue Jahrtausend" verabschiedet wurde, hat keine konsolidierenden Auswirkungen gehabt.

### FAP-Landesverband NRW

Innerhalb der FAP bildet der Landesverband NRW die einzige Landesorganisation, die über ein für neonazistische Organisationen als groß zu bezeichnendes Mitglieder- und Anhängerpotential von ca. 140 Personen verfügt. Bemerkenswert ist dabei der steigende Anteil der Skinheads. Nennenswerte Aktivitäten waren:

- Am 28. September 1991 in Hennef-Hanf der FAP-Landesparteitag Nordrhein-Westfalen mit etwa 100 Teilnehmern.
- Einziger Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Landesvorstandes. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in ihren Funktionen wiedergewählt, u. a. Siegfried BORCHARDT aus Dortmund als Vorsitzender.

- Ein "Gautreffen" des FAP-Landesverbandes am 24. November 1991 in Oberhausen mit mehr als 100 Teilnehmern. Anlaß war der zweite Todestag des FAP-Anhänger Manfred SCHMACKE\*.
- Der Landesvorsitzende BORCHARDT versicherte den Anwesenden, die FAP werde im Sinne des verstorbenen Kameraden weiter für die nationale Sache kämpfen.

---

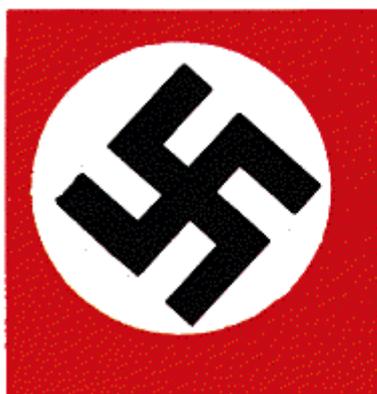
\* Schmacke war 1989 an den Folgen eines Herzinfarktes verstorben, den er nach einem gewaltvollen Angriff politischer Gegner am 1. Oktober 1989 erlitten hatte

## 2.6.2 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

### Organisation

Zusammenfassende Bezeichnung für die etwa 200 Personen starke Anhängerschaft des im April 1991 verstorbenen Michael KÜHNEN. Unter ihnen sind ideologische Mischformen von "hitleristischem" und "nationalrevolutionärem" Nationalsozialismus zu verzeichnen.

Nachfolger KÜHNENs ist der österreichische Neonazi Gottfried KÜSSEL aus Wien, der bislang allerdings kaum in Erscheinung getreten ist. Gegen ihn besteht seit Mai 1991 ein vom Bundesminister des Innern verfügtes Einreiseverbot in die Bundesrepublik Deutschland.



**Freiheit**  
für Gottfried  
**Küssel**

**NSDAP/AO: Box 6414,  
Lincoln, NE 68506 USA**

Anhänger der GdNF schufen Aktionsbegriffe wie "Initiative Volkswille", "Aktion Lebensschutz", "Antikommunistische Aktion", "Antizionistische Aktion" oder "Kaderorganisation SA". KÜHNEN nannte diese Propagandagebilde "Vorfeldorganisation". Der Integration organisationsfremder Gesinnungsgenossen dient der völlig unstrukturierte "Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik" mit der Zusatzbezeichnung "Neubeginn". Unter dieser Bezeichnung wollte KÜHNEN Nationalisten aller Schattierungen zusammenführen, um für künftige Wahlen besser gerüstet zu sein.

Die Bezeichnung "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" hat den ursprünglich von der Anhängerschaft KÜHNENs in historischer Anknüpfung benutzten Namen "Bewegung" fast völlig verdrängt.

## 2.6.3 Deutsche Alternative (DA)

### Organisation

Sitz: München  
Mitglieder: 200 alte Länder (1990: 140)  
150 neue Länder  
30 NRW

Die DA ist weitgehend personell mit der GdNF identisch, sie versteht sich als "parteilichter Arm" der GdNF.

Anlässlich eines DA-Bundestreffens am 18. September 1991 in Duisburg, an dem ca. 40 Personen teilnahmen, wurde über die Auflösung der DA auf Bundesebene diskutiert und überlegt, den Anhängern in den einzelnen Ländern die Gründung unabhängiger Landesorganisationen zu überlassen.

## 2.6.4 "Der Deutsche Weg" (DW)

### Organisation

Mitglieder: ca. 30 (Mitgliederbestand der DA)  
Geschäftsstelle: Duisburg

Im Rahmen der Zielsetzung der GdNF, in möglichst allen Ländern Parteien zu gründen, konstituierte sich am 20. Oktober 1991 in Bielefeld der DW als neue Landespartei für den Bereich Nordrhein-Westfalen.

Der DW ist ein Zusammenschluß führender ehemaliger DA-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen.

### Programmatische Aussagen

Nach dem Parteiprogramm konzentriert sich der DW auf Nordrhein-Westfalen in Form einer Landespartei, "um wirklich effektiv zu sein." Die Parteigründung sei notwendig geworden, "da es keine zugelassene Partei gibt, die die Interessen des deutschen Volkes vertritt. Der DEUTSCHE WEG beschränkt sich nicht auf blanke Theorie, sondern er setzt auf die Tat."

In den programmatischen Aussagen fordert der DW u. a.

- *ausländische Arbeitnehmer nicht mehr neu einzustellen,*
- *die konsequente Rückführung aller in Deutschland lebenden Gastarbeiter.*

Das Verhältnis des DW zur NS-Zeit wird deutlich durch den im Parteiprogramm geäußerten Zweifel an den NS-Verbrechen. Der DW sieht "den Verzicht auf den deutschen Osten als Verrat an" und wird "die abgeschlossenen Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei nie anerkennen."

## 2.6.5 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

### Organisation

Sitz: Frankfurt/Main  
Mitglieder: 180 Bund (1990:180)  
20 NRW (1990: 20)

Die im Jahre 1979 gegründete HNG betreut inhaftierte Rechtsextremisten und deren Familienangehörige im In- und Ausland. Sie will dazu beitragen, die Gesinnung und Moral der inhaftierten Neonazis zu stärken sowie die Verbindungen zwischen ihnen und den übrigen Rechtsextremisten aufrechtzuerhalten. In den "Nachrichten der HNG", ihrem Publikationsorgan, werden regelmäßig "Gefangenlisten", Leserbriefe inhaftierter Genossen und Prozeßberichte veröffentlicht.

### Aktivitäten

Die HNG tritt öffentlich nur durch ihre jährliche Hauptversammlung in Erscheinung, die sie regelmäßig in Hessen abhält.

## 2.6.6 Nationalistische Front (NF)

### Organisation

Sitz:	Detmold	
Mitglieder:	130 Bund	(1990: 60)
	60 NRW	(1990: 40)



Die Anhänger der NF sind Nationalrevolutionäre. Sie sind die "Linksnationalisten" unter den heutigen Neonazis und verstehen sich in der ideologischen Tradition der Brüder Gregor und Dr. Otto STRASSER. Diese waren in der Frühphase des historischen Nationalsozialismus Verfechter einer nationalsozialistischen Revolution und gerieten in Gegensatz zu HITLER, da dieser die nationale Revolution für zu gefährlich und unwägbar hielt und die Machtübernahme mit dem Instrumentarium der Weimarer Verfassung anstrebte. Trotz der Tatsache, daß HITLER seinen Weg realisieren konnte, während die STRASSERSche Politik Schiffbruch erlitt, sind die heutigen Neonazis nicht selten Anhänger STRASSERS. Es ist in neonazistischen

Kreisen "schick" geworden, HITLER als Leitfigur abzulehnen und sich zu den sozialistischen, nationalrevolutionären und antiimperialistischen Ideen der Brüder STRASSER und des SA-Chefs RÖHM zu bekennen.

Nachdem die NF zum 1. Juli 1991 das Haus in Bielefeld, Bleichstraße 143, veräußert hat, wird derzeit das Objekt in Detmold-Pivitsheide, Quellenstraße 20, als "NF-Zentrum" genutzt.

### **Aktivitäten**

Die NF, die sich selbst als Partei versteht, hatte seit ihrer Gründung im Jahr 1985 noch nicht an Wahlen teilgenommen. Um den Parteienstatus nicht zu verlieren, beteiligte sie sich erstmals an der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 29. September 1991 ohne nennenswerten Erfolg (106 Stimmen = 0,03 %)

Die NF bemüht sich zunehmend, Kontakte zu allen "nationalen" Organisationen zu knüpfen. So führte sie vom 24. bis 26. März 1991 in Roding (Bayern) ein von Anhängern verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen besuchtes Schulungsseminar durch.

### **NF-Kaderpartei**

#### **Aufbau eines militanten "Einsatzkommandos"**

Darüber hinaus ist der Gründer und Vorsitzende der NF, Meinolf SCHÖNBORN aus Bielefeld, weiterhin bestrebt, die NF in eine festgefügte Kaderorganisation umzuwandeln. Dies wurde deutlich anlässlich eines von mehr als 200 Personen besuchten NF-Bundestreffens am 6. April 1991 in Niederaula/Hessen, auf dem SCHÖNBORN das Kaderprinzip als "einzige erfolgreiche Methode des politischen Kampfes" vorstellte.

Auf dem Bundesparteitag der NF am 9. November 1991 in Detmold-Pivitsheide kündigte der in seinem Amt als Vorsitzender bestätigte SCHÖNBORN den Aufbau einer "Ordnertuppe" für den politischen Kampf auf der Straße an. Dieses "Nationale Einsatzkommando" (NEK) soll Veranstaltungen vor "Ausländerbanden" und "kriminellen Linken" schützen.

Diese Pläne SCHÖNBORNs finden ihren Niederschlag in einer von der NF herausgegebenen Broschüre mit dem Titel "Kamerad - der Kampf wird härter! Sei bereit zu kämpfen...". Darin werden als Aufgaben des NEK u. a. die Aufstellung kadermäßig gegliederter mobiler Verbände, die Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße sowie die Planung und Koordinierung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen genannt. Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft im NEK werden u. a. ein absolutes Verständnis für funktionelle Disziplin, harter Einsatzwille, Mobilität, sehr viel Mut und die absolute Einsicht in die Notwendigkeit von Befehl und Gehorsam bei Aktionen verlangt. Die deutschen Freikorps der zwanziger Jahre und die "Waffen-SS" werden beispielhaft als Vorbilder genannt. @\*@@

### **KLARTEXT-Verlag**

Der von SCHÖNBORN betriebene KLARTEXT-Verlag in Augustdorf gibt Propagandamaterial heraus, das auf der Linie der NF liegt und für deren Ziele wirbt. Dazu gehört ein Versandhandel, der kriegsverherrlichende Literatur sowie Anstecker, Aufkleber und andere Propagandamaterialien mit rechtsextremistischem Bezug anbietet.

---

\* Der Generalbundesanwalt hat gegen den NF-Bundesvorsitzenden SCHÖNBORN und 13 weitere NF-Anhänger ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Verabredung zu einem Verbrechen und der Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 30 i. V. m. § 129 a StGB) eingeleitet. Ausgangspunkt des Verfahrens ist der von SCHÖNBORN verantwortlich unterzeichnete Aufruf zur Gründung des o. a. NEK. Am 11. März 1992 wurden in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Brandenburg insgesamt 18 Objekte der Beschuldigten durchsucht.

## 2.7 Skinheads

### Allgemeines

Partiell verflochten mit der vorbeschriebenen Neonaziszene sind regionale Gruppierungen der Skinheads. Diese treten oft gemeinsam mit den Neonazis auf. Sie demonstrieren dadurch, daß sie selbst integraler Teil des Neonazismus sind, ohne diesem organisatorisch anzugehören. Diese Skinheadgruppen, die auf Randalen ausgehen, offenbaren durch neonazistisches Gehabe ihre rassistische bzw. nationalistische Gesinnung. Regelmäßig sind sie unterwegs auf der Suche nach Schlägereien mit Ausländern, politischen Gegnern oder sogenannten "Undeutschen" (z. B. Homosexuellen, Stadtstreichern). Das unterscheidet die "Skins" u. a. von den "Hooligans", die im Fußballmilieu vorrangig den "Zoff" mit den Fans des gegnerischen Vereins suchen.

Die Skinheads verstärken wegen ihrer ungehemmten Gewaltbereitschaft und ihrer Randalensucht die militante Potenz des Neonazismus. Sie verleihen neonazistischen Auftritten durch ihre Ausschreitungen häufig erst die gefährliche und spektakuläre Note.

### Skinheadbands

Neonazistischer Rassismus und Nationalismus offenbart sich in den Skinheadmagazinen (sogenannte Fanzines) und -liedern. Skinbands tragen Namen wie "Noie Rasse", "Comando Pernod", "Volkszorn", "Werwolf" (Gütersloh), "Störkraft", "Endstufe", "Endsieg" oder "Die wahre Pracht" (Recklinghausen). Sie spielen eine Art Hard-Rock, bei dem die skin-typisch verfremdete Sprache ("OI-OI-Sprache") vorherrscht. Ihre Musik vertreiben sie oft über sogenannte Democassetten in der Szene. Diese Tonträger sind trotz ihrer schlechten technischen Qualität sehr begehrt. Die Lieder handeln von Gewalt und Alkohol sowie bei einigen Bands von rassistischem Ausländerhaß und Nationalsozialismus:



- Von menschenverachtendem Rassismus zeugt z. B. der “Kanaken-Song” einer Gruppe, die sich “Endsieg” nennt. Ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus legt die Gruppe “Noie Rasse” ab. So heißt es in ihrem Lied: “A-dolf Hitler, das Deutsche Reich, all das lieben wir.”
- Die Band “Störkraft”, die den Skin als Deutschlands “echte Polizei” sieht, der die Straßen “türkenfrei” macht, idealisiert den Skinhead in ihrem “Söldner”-Lied als mordenden, faschistischen Söldner: “Er ist ein Söldner und Faschist, er ist ein Mörder und Sadist, er hat keine Freunde, er liebt uns nicht, ein Menschenleben interessiert ihn nicht, er hat keine Seele und keinen Verstand.”

Somit sind Skinheadgruppierungen nicht mehr als reine subkulturelle Jugendbewegungen zu sehen, denn:

- die Skinheadszene ist eine eigenständige, nach außen abgeschottete, militante, neonazistisch indoktrinierte Subkultur, partiell mit dem organisierten Neonazismus vernetzt, von diesem jedoch weder gesteuert noch instrumentalisiert.
- die Gewaltanwendung und die Ausgrenzung anderer Personen bzw. Gruppen wird aus einem rechtsextremistischen Selbstverständnis begründet, ohne daß sich allerdings die Skinheads auf Befragen als Rechtsextremisten verstehen. Sie gehören nur in wenigen Fällen einer rechtsextremistischen Organisation förmlich an.

## Aktivitäten

In Nordrhein-Westfalen gibt es ca. 300 rechtsextremistische Skinheads, die durch unterschiedliche Aktivitäten u. a. wie folgt auffielen:

- *durch Verbreitung von Propagandamaterial rechtsextremistischer Organisationen, ohne diesen Organisationen anzugehören*
- *durch ihr Auftreten (Hitlergruß, Tragen von Hakenkreuzen u. ä.)*
- *durch die Art der angegriffenen Zielobjekte (u. a. Ausländer-, Asylbewerberwohnheime). Hier ist insbesondere die menschengefährdende Brandstiftung durch drei Skinheads am 3. Oktober 1991 in Hünxe zu nennen*
- *durch ihre Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen.*

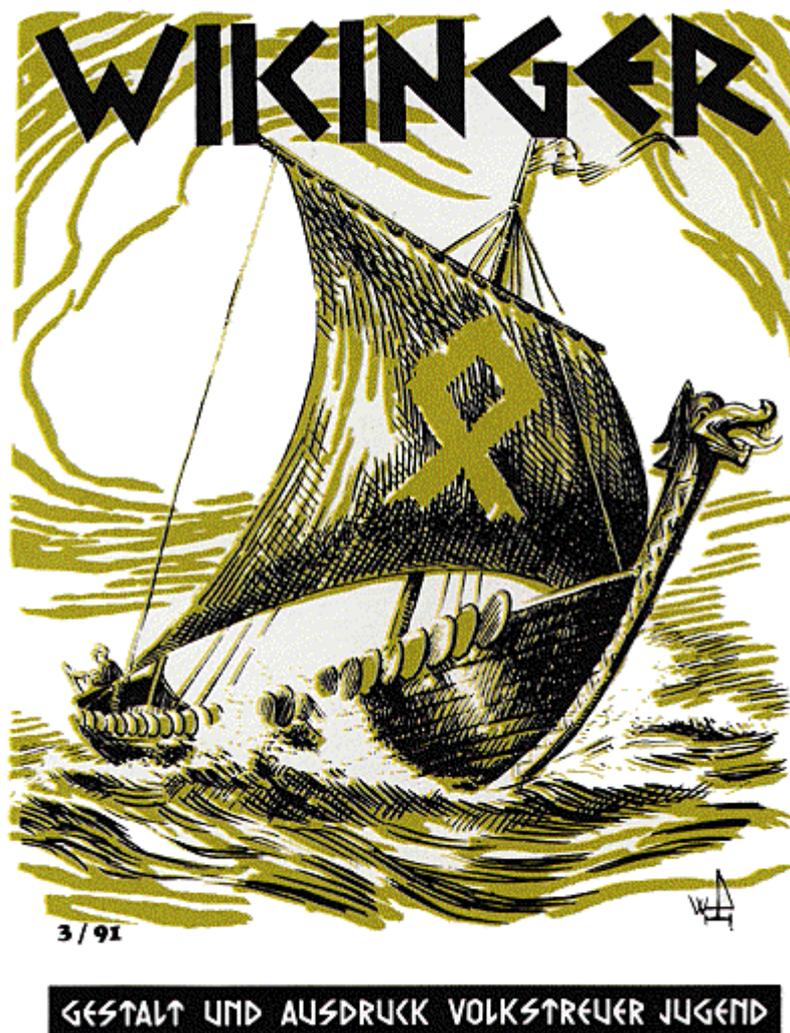
1991 wurde die Skinheadszene maßgeblich beeinflusst von der ehemaligen FAP-Schrift "Querschläger" aus Essen, die sich von einem Mitteilungsblatt für den FAP-Kreisverband Essen in ein bundesweit vertriebenes Skinheadmagazin gewandelt hatte, und von der Nationalistischen Front mit ihrem "KLARTEXT-Verlag" in Augustdorf, der diverse "Ausdrucksmittel" wie Buttons und T-Shirts anbietet.

## **2.8 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen**

### **2.8.1 Wiking-Jugend e.V. (WJ)**

#### **Organisation**

Sitz:	Stolberg	
Mitglieder:	350 alte Länder	(1990: 400)
	50 neue Länder	
	70 NRW	(1990: 100)



Die WJ ist eine nach dem Führer-Prinzip geleitete Organisation. Mit ihrer völkisch-nationalistischen "Nordland-Ideologie" empfindet sie sich in der Tradition der ehemaligen "HITLER-Jugend". Wenngleich die Jugendlichen oft weniger von der rechtsextremistischen Ideologie und Propaganda als vielmehr von der erwarteten Kameradschaft, den Sport- und Freizeitangeboten sowie der Zelt- und Lagerfeuerromantik angezogen werden, setzen die "Führer" diese Lockmittel bewußt ein, um Heranwachsende politisch zu indoktrinieren.

### **Entwicklung 1991**

Während sich die Kontakte zur FAP abgeschwächt haben, bemüht sich die WJ um eine verstärkte Zusammenarbeit mit der NF. Auch zur NPD ist eine Annäherung erkennbar.

Publikationsorgan der WJ ist die vierteljährlich erscheinende Schrift "Wikingen" in einer geschätzten Auflage von 500 Exemplaren. Neben Berichten über die Arbeit in den einzelnen WJ-"Gauen" und Veranstaltungen der WJ werden in dem Organ u. a. Artikel veröffentlicht, in denen häufig der Nationalsozialismus und dessen Leitfiguren idealisiert werden. Außerdem wird die Erhaltung der rassistischen und völkischen Eigenarten propagiert und der Zuzug "fremdrassiger" Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland verurteilt.

## **Aktivitäten**

Wesentliche Aktivitäten der WJ waren 1991 in Nordrhein-Westfalen nicht zu verzeichnen. Wegen ihrer Bedeutung ist jedoch auf die überregionale Veranstaltung "Tage Volkstreuer Jugend" (Pfingsttreffen) vom 17. bis 21. Mai 1991 in Hetendorf/Niedersachsen und auf die WJ-Beteiligung an einer "Heldengedenkfeier" am 17. November 1991 auf dem Soldatenfriedhof in Halbe/Brandenburg hinzuweisen.

### **2.8.2 Kulturelle und völkische Vereinigungen**

#### **Vereinigung Gesamtdeutsche Politik (VGP)**

#### **Verein zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften (VFG)**

Von diesen zumeist kleineren mitgliederschwachen rechtsextremistischen Organisationen ging 1991 eine verstärkte propagandistische Tätigkeit aus. Zwar erzielten sie - wie z. B. die Vereinigung Gesamtdeutscher Politik e.V. (VGP) mit Sitz in Remscheid und der Verein zur - Förderung der Gesellschaftswissenschaften (VFG) mit Sitz in Bonn - mit der Verbreitung ihrer Publikationsorgane keine große Öffentlichkeitswirkung, zumindest jedoch werden Mitglieder und Anhänger derartiger Organisationen in ihrer rechtsextremistischen Gesinnung nachhaltig bestärkt.

#### ***Freundeskreis Unabhängige Nachrichten***

#### **Freundeskreis Freiheit für Deutschland**

Im Gegensatz hierzu tritt der bundesweit agierende Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK) in Bochum und der auf gleicher Linie liegende Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) durch Verbreitung rechtsextremistischer Flugschriften häufig in der Öffentlichkeit auf, wobei das rechtsextremistische Druckmaterial nicht nur Interessenten, sondern unaufgefordert den Bürgern zugesandt wird.

Diesen von einem großen Spenderkreis unterstützten Vereinigungen kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie das theoretische Rüstzeug für den politischen Kampf der Rechtsextremisten liefern. Sie spielen mit ihren Publikationen und Flugblättern eine nicht zu unterschätzende Rolle als Multiplikator rechtsextremistischen Gedankenguts. Die eigentliche Gefahr der rechtsextremistischen Propaganda liegt jedoch darin, daß sich rechtsextremistische Weltbilder aus ihrem gedanklichen Ghetto, in das sie bisher verbannt waren, heraus verbreiten und zumindest ansatzweise gesellschaftsfähig werden.

### **2.8.3.1 Revisionismuskampagne**

#### **Revisionismus**

Als Revisionismus im weiteren Sinne werden Bestrebungen von Rechtsextremisten bezeichnet, die die angeblich in der Nachkriegszeit falsch dargestellte Geschichte der Weltkriege, des Nationalsozialismus und des "Dritten Reiches" korrigieren wollen. Als Revisionismus im engeren Sinne wird die Leugnung des sogenannten Holocaust verstanden. Meist wird der Begriff in diesem engeren Sinne gebraucht.

#### **Revisionisten leugnen insbesondere den Holocaust**

In den letzten beiden Jahren ist eine verstärkte Revisionismuskampagne festzustellen. Sie wurde ausgelöst durch einen Strafprozeß, der 1988 vor dem Bezirksgericht Toronto gegen den in Kanada lebenden deutschen Revisionisten Ernst ZÜNDEL geführt wurde. ZÜNDEL war der wissentlichen Verbreitung falscher Nachrichten angeklagt. Er legte zu seiner Entlastung ein von dem Ingenieur Fred A. LEUCHTER aus Boston verfaßtes technisches "Gutachten" vor, demzufolge in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern auf Grund der technischen Gegebenheiten keine Juden in Gaskammern hätten getötet werden können.

Der "LEUCHTER-Bericht" wird innerhalb rechtsextremistischer Kreise in der Bundesrepublik als wissenschaftliches "Beweismittel" zunehmend verbreitet. Tatsächlich handelt es sich um eine pseudowissenschaftliche, längst widerlegte, plump gemachte NS-apologetische Propagandaschrift.

### **2.8.3.2 Propagandamaterial aus dem Ausland**

Propagandistische Unterstützung - auch für ihre Revisionismuskampagne - erfahren deutsche Rechtsextremisten durch Bezug im Ausland hergestellter Publikationen wie:

- *"Sieg" des Österreichers OCHENSBERGER - "Halt" des Österreichers HONSIK,*
- *"NS-Kampfruf" des US-Amerikaners LAUCK*
- *"Germania" des Kanadiers ZÜNDEL im SAMISDAT-Verlag,*
- *"Eidgenoss" des Schweizers Dr. WAHL.*

Die Einschleusung dieses rechtsextremistischen Propagandamaterials in die Bundesrepublik Deutschland erfolgt oft unter konspirativen Umständen, u. a. unter Verwendung neutraler Umschläge und von Deckadressen durch den Versender.

### **2.8.3.3 Rechtsextremistische Schriften im Eigendruck**

Die rechtsextremistische Propaganda findet auch Unterstützung durch zwei Schriften, die von NS-Aktivisten in Nordrhein-Westfalen im Eigendruck hergestellt und bundesweit verbreitet werden. Es handelt sich um

- *"Leitheft" (Erscheinungsweise unregelmäßig) und*
- *"Wehr' Dich!" (Erscheinungsweise monatlich).*

Herausgeber der Schrift "Leitheft" war der ehemalige Geschäftsführer der 1983 verbotenen "Aktionfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA).

Laut Impressum ist die Schrift ein "Rundbrief des Kameradenkreises der ehemaligen Waffen-SS zur Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation". Bei diesem "Kameradenkreis" handelt es sich um eine Kleingruppe aus Witten, der maßgeblichen Einfluß auf Gestaltung und Inhalt der "Leithefte" hatte.

Die Schrift verherrlicht im wesentlichen unkritisch und ohne Distanz zum Nationalsozialismus den Einsatz der "Waffen-SS" im 2. Weltkrieg, und veröffentlichte u. a. den Holocaust bezweifelnde Berichte. Als Vorbild für Druck und Aufmachung dienten die während der Zeit des 2. Weltkrieges vom "Reichsführer SS" herausgegebenen "SS-Leithefte".

Mit rechtskräftigem Urteil des Landgerichts Bochum vom 30. Oktober 1991 wurden zwei Herausgeber u. a. wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.000 DM bzw. zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Herausgeber der Schrift "Wehr' Dich" (Auflage ca. 4.000) ist ein NS-Anhänger aus Rheda-Wiedenbrück. Die Schrift dient als Kommunikationsorgan der NS-Gruppierungen um KÜHNEN bzw. KÜSSEL.

Darüber hinaus nutzt der Herausgeber, auch Organisator der jährlichen HESS-Gedenktreffen in Wunsiedel, die Schrift zur bundesweiten Koordination für die Teilnehmer des Treffens und Werbung für die HNG sowie für den FFD.

## 3 Linksextremismus

### 3.1 Allgemeines

Die in der Bundesrepublik Deutschland bedeutsamen linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen orientieren sich entsprechend ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung

- *am Marxismus/Leninismus bzw.*
- *an anarchistischen Theorien.*

#### Ziele linksextremistischer Organisationen

Ihnen gemeinsam ist das Ziel, die bürgerliche (parlamentarische) Verfassungs- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und statt dessen

- *eine sozialistische/kommunistische Gesellschaftsordnung bzw.*
- *eine herrschaftslose (anarchistische) Gesellschaft*

zu errichten.

Ohne konkrete ideologische Ausrichtung versuchen die sogenannten Autonomen durch vielfältige Aktivitäten "rechts- und herrschaftsfreie Räume" für ein "selbstbestimmtes Leben" zu schaffen. Auch sie stehen damit in Gegnerschaft zu tragenden Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

#### Entwicklung 1991

Die im folgenden angesprochenen Organisationen und Gruppierungen haben 1991 an ihren verfassungsfeindlichen Zielsetzungen festgehalten. Allerdings hat sich der fortgeschrittene Zerfall des "Realen Sozialismus" unterschiedlich auf die Organisationen und Gruppierungen ausgewirkt.

Auf der Suche nach neuen politischen Inhalten und Konzepten wird in den bisher als "orthodox" bezeichneten Organisationen und Gruppierungen (z. B. der Deutschen Kommunistischen Partei - DKP) umfassend mit dem Ziel diskutiert, ihr Selbstverständnis in der "Kapitalistischen Gesellschaft" neu zu definieren. Nur von der Mehrheit akzeptierte Ergebnisse und Ziele werden darüber entscheiden, ob diese Organisationen und Gruppierungen ihre existentiellen Probleme lösen und den Mitgliederrückgang stoppen bzw. weiter verlangsamen können.

Auch die "Neue Linke" ist in eine Krise geraten. Einzelne Organisationen haben sich aufgelöst andere verzeichnen Mitgliederrückgänge. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) konnte sich jedoch behaupten.

Von den anarchistischen Gruppierungen sind 1991 die militanten (gewaltbereiten) Autonomen durch ihre Aktivitäten/Agitation

- *im Zusammenhang mit dem Golfkrieg*

- *im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asyl(rechts)debatte*
- *im Zusammenhang mit der Schaffung "Autonomer Zentren"*

besonders in Erscheinung getreten.

Vor dem Hintergrund bedeutender politischer Ereignisse im Jahre 1992, wie der Einführung des EG-Binnenmarktes, der UNO-Umweltkonferenz, dem Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München und den "Jubelfeiern zur 500jährigen Kolonialisierung der Völker Lateinamerikas" begann im Herbst 1991 eine von Teilen der "Neuen Linken" unterstützte Kampagne. Unter dem Motto "Kampagne 92" sollen 1992 zahlreiche regionale und überregionale Demonstrationen und Aktionen durchgeführt werden.

## **3.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Nebenorganisationen**

### **3.2.1 DKP**

#### **Organisation**

Sitz des Parteivorstandes: Essen

Mitglieder:	unter 8.000 Bund	(1990: 11.000)
	2.800 NRW	(1990: 4.000)

Alle politischen Veränderungen - insbesondere in Osteuropa - ignorierend hält die 1968 gegründete DKP unbeirrbar an den entscheidenden Punkten ihrer marxistisch-leninistischen Zielsetzung fest. Sie vertritt damit die bisher als "orthodox-kommunistisch" bezeichnete Richtung des Linksextremismus.

# links

Information - Dokumentation - Meinung - Diskussion

Deutsche Kommunistische Partei - Bezirk Rheinland-Westfalen

Ausgabe Nr. 10, Okt. Nov. 91

- \* Protokoll der 2. BV-Tagung S. 3
- \* Auseinandersetzung um „links“ S. 4-7
- \* KPD-Zentral / BV-Stellungnahme / Karlsruhe + Bonn / Pöppingh + Böhm S. 8
- \* Parteiführungswort, R.-F. Düsseldorf S. 9
- \* Palmar / Bahr zu H. Hoesch S. 10/11
- \* Zur 2. PV-Tagung S. 11/12
- \* Wir waren schon mal vorher... S. 13
- \* Umwanderungstafel BRD S. 14
- \* Das Volk soll zahlen S. 14/15
- \* Kindergarten-Chaos in NRW S. 17
- \* Aktionen zum 2. November S. 17
- \* Aus Gruppen und Kreisen S. 19
- \* Beiträge Wöhrster Präzision

**Streit um "links"**

„links“ hat Kopfziele: Information, Dokumentation, Meinung, Diskussion, ist unstrittig. Die Nr. 9 vom Sept. 91 - Kritik

## Mehr Toleranz, GenossInnen!

konkrete Maßnahmen für die Arbeit des Be-

schließen, ist es uns bisher nicht gelungen, we-

nen. Für die Durchführung einer bezirksweiten

Verantwortlichkeiten benannt sowie Ver-

den Verantwortlichen für das Bezirksfoto gemacht.

Aktionskommission für das Bezirksfoto gemacht.

Darum erklärt sich auch zum Teil die Unzu-

waren im

kontro-

Diskus-

Entwick-

Entwick-

maisten

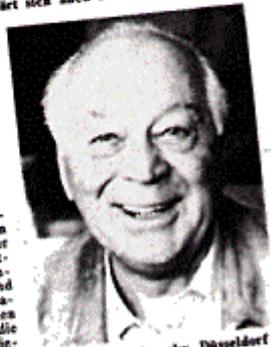
tretpunkt

vor allem

ung der

on, der

er Be-



Gustav Trambowsky, Düsseldorf

den richtigen Weg aus unserer

Krise weiß?

Dazu bedarf es eines langange-

legten offenen und solidarisches

Diskussionsprozesses, dabei helfen

weder Übergruppierungen und Ver-

abschwächungen, wie sie bedauer-

licherweise immer häufiger in un-

seren Publikationen und Dis-

kussionen auftreten.

Ein Beispiel ist unter anderem der

Artikel des Genossen Hermann

Kopp über die 2. PV-Tagung im

„links“ und die Entscheidung des

Kreisvorstands Düsseldorf „Für ein

klares kommunistisches Profil“. Es

sagt gewiß nicht zur Klärung

unserer vorhanden Probleme bei-

sonst eine Rosa-Luxemburg-Be-

Fortsetzung 1.3

# HEISSE EISEN

11/91

INFORMATIONEN DER DKP DORTMUND

Zum Piratenstück Krupp - Hoesch:

## Die Fronten klären sich - die Gangart wird schärfer

Noch am Tag nach dem Sternmarsch der Hoeschianer zum Dortmunder Rathaus konnte man den Eindruck gewinnen, es sei eine breite Front entstanden gegen das Piratenstück von Krupp - die Übernahme von Hoesch - und die damit verbundene Vernichtung Tausender Arbeitsplätze. Mittlerweile wird Klartext geredet, eine härtere Gangart geschaltet. WAZ-Kommentator Norbert Weiler gab am 28.10.91 den öffentlichen Ton an:

„Um so schädlicher für das Image des Roten wäre es“, so die WAZ, „wäre die drohende der Eindruck zurechtzuerkennen, hier hätten KI-Mitarbeiter, Betriebsräte, die örtliche Handelskammer oder gar Kommunal- und Landespolitiker über unternehmerische Entscheidungen das letzte Wort.“

Der Mann konnte sich dabei stützen auf

- Ministerpräsident Johannes Rau, der am Vortag gesagt hatte: „Es ist nicht die Aufgabe der Landesregierung, unternehmenspolitische Entscheidungen zu treffen.“

- auf Krupp-Vorstands-Chef Cronenberg, der im „Spiegel“ vom Montag gesagt hatte: „Was die dargestellte Handlung von irgendeiner Seite zu rückweisen wird, dann machen wir nichts im Adressat den Durchmarsch.“

- auf den Wirtschaftsexperten der SPD-Bundestagesrat, Wolfgang

Roß, der seine Zustimmung zum Verkauf von Hoesch damit begründet hatte, sie sei sinnvoller, als „wenn Hoesch in der nächsten Stabkrise über die Wäpfer gehe“ - auf den SPD-Landwirtschaftsminister Bismert, der die sichere Vernichtung der Arbeitsplätze damit abtut, das Land habe nach frühere Arbeitsplatzverluste vertragen;

- und er konnte sich stützen auf das ebenfalls am Vortag stattgefundene Gespräch zwischen dem Vorstand von Krupp und Hoesch und dessen verabschiedete Fernan-

sung in dieser Woche, in dem es - laut Hoesch-Vorstandsbeschluss - darum ging, in Gesprächen über die Prüfung

der Vorstellungen von Krupp einzuzutreten.“

Einigen über die Härte des Kompromisses gegen die Übernahme kann sich man niemand mehr machen.

Wer will glauben, daß der „kraftvolle Senner“ Kupp Neukritiken in den Gesprächen mit Krupp jetzt ein „umstrittenes Konzept“ durchsetzen will? - und geht es bei diesem Gespräch nicht eher um die Kapitalismarktkunde von Hoesch, einzig unter der Bedingung der „ehrenhaften Behandlung der Mitarbeiter“, der Vorstand von Hoesch?

Fortsetzung auf Seite 2



## Fragen zu den Geheimgesprächen zwischen Krupp und Hoesch

Die Gespräche der vergangenen Wochen zwischen den Vorständen von Krupp und Hoesch wurden geheim gehalten. Vor ihrem Staatsfinden erfuhr man weder Zeit noch Ort, nach ihrem Staatsfinden erfuhr man nichts über ihren Inhalt. Nur dies ist bekannt: Es ging um die Prüfung der Vorstellun-

gen von Krupp“. Das Konzept „Hoesch 2000“ hat dabei offensichtlich keine Rolle gespielt. Nach vor 14 Tagen hat Hoesch-Vorstandschef Kupp Neukritiken gesagt: „Wenn das (Krupp-)Konzept stimmig sein soll, wird es ein Unternehmen Hoesch nicht mehr geben.“

14

## Unveränderte Zielsetzung

Auch 1991 bekannte sich die DKP ausdrücklich zur Notwendigkeit einer revolutionären Partei in Deutschland, die den grundlegenden Bruch mit den kapitalisti-

schen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt. Notwendig sei eine Partei, die sich auf die moderne Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftliche Kraft hin orientiere. Als Fundament einer Politik betrachtet die DKP die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung der Theorien von Marx, Engels und Lenin für ihre heutigen Kampfbedingungen.

### **Aktivierung internationaler Beziehungen**

Unbeeindruckt von ihrer innerparteilichen Schwäche versucht die DKP, durch Intensivierung ihrer internationalen Kontakte zu ausländischen sozialistischen/kommunistischen Parteien neue Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Besonders intensive Beziehungen pflegt sie zur Staatspartei Kubas, zur Chinesischen Kommunistischen Partei, zur Kommunistischen Partei Luxemburgs und zur Französischen Kommunistischen Partei.

### **Nichtdistanzierung zum Putschversuch in der UdSSR**

Besondere Bedeutung kommt der Reaktion der DKP auf den Putschversuch in der damaligen Sowjetunion zu. In einer Stellungnahme des Sprecherrates vom 20. August 1991 wurde unverhohlenes Verständnis für den Putsch geäußert und versucht, diesem den Anschein der Legalität und Legitimität zu geben. Die DKP äußerte in der Stellungnahme die Hoffnung, daß der Ausnahmezustand die Lage stabilisiere und die sozialistische Perspektive sichere. Erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung stieß diese putschfreundliche Stellungnahme auf Kritik in Teilen der Mitgliederschaft. Auch in der weiteren Stellungnahme vom September 1991 vermied es diesmal eine Parteivorstandstagung, den Putsch zu verurteilen oder sich von diesem zu distanzieren. Man wandte sich statt dessen gegen den zunehmenden Antikommunismus und forderte zu einem stärkeren Zusammenrücken der Kommunist/innen und ihrer Parteien in Europa auf.

### **Zentralorgan "UZ" langfristig nicht gesichert**

Das Zentralorgan der DKP "Unsere Zeit" (UZ) erscheint weiterhin in vierzehntägigem Abstand. Gedruckt wird es in der Druckerei der Kommunistischen Partei Luxemburgs. Offensichtlich ist das Erscheinen der "UZ" aus wirtschaftlichen Gründen langfristig jedoch nicht gesichert. Der Parteivorstand hat beschlossen, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Überleben der "UZ" sicherstellen zu können.



### Konferenzen zur Vorbereitung des 11. Parteitages der DKP

Am 14. April 1991 führte der DKP-Bezirk Ruhr-Westfalen in Vorbereitung des 11. Parteitages in Hattingen seine Bezirksdelegiertenkonferenz durch. In dem Bericht des Bezirksvorstandes wurde auf die tiefe ideologische Verunsicherung der Mitglieder hingewiesen. In der Diskussion gelang es nicht, bestehende Differenzen auszuräumen. Gleichwohl wurden ein aus 30 Mitgliedern bestehender Bezirksvorstand, ein vier Personen umfassender Sprecherrat sowie die Bezirksrevisions- und die Bezirksschiedskommission gewählt.

Der DKP-Bezirk Rheinland-Westfalen führte vor dem Parteitag lediglich eine bezirksweite Konferenz durch. Ebenso wie in Ruhr-Westfalen wurden auch hier we-

gen unüberbrückbarer Widersprüche alle entscheidenden Fragen auf den Parteitag verlagert.

### **Parteitag der ungelösten Probleme**

Am 11. Parteitag der DKP vom 10. bis 12. Mai 1991 in Bonn nahmen neben Vertretern ausländischer und inländischer sozialistischer/kommunistischer Parteien auch Gäste aus der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der "kommunistischen Plattform" in der PDS teil.

Eine "Untersuchungskommission finanzielle Abhängigkeit" legte dem Parteitag einen Bericht über die finanzielle und politische Abhängigkeit der DKP von der früheren Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vor.

In bisher nicht dagewesener Offenheit - gleichzeitig aber auch aufgrund angeblich fehlender Unterlagen unvollständig - wurde der Parteitag über die enge Verflechtung zwischen DKP und SED informiert. In sehr kontrovers geführten Diskussionen wurden die auch nach dem Parteitag weiter bestehenden unterschiedlichen Positionen zu wesentlichen organisatorischen und programmatischen Fragen deutlich. Der Parteitag bestätigte die Sprecher und wählte einen neuen Parteivorstand. Dem Vorstand gehören nun, neben den Sprechern, noch 30 (vorher 46) weitere Personen an. Die Geltungsdauer von Statut, Schiedsordnung sowie Beitrags- und Finanzordnung wurde durch Beschluß bis zum nächsten Parteitag verlängert.

### **Delegiertenkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen**

Die am 8. Juni 1991 in Köln durchgeführte Bezirksdelegiertenkonferenz des DKP-Bezirks Rheinland-Westfalen konnte keine wesentlichen Aspekte für die weitere Arbeit der Bezirksorganisation aufzeigen. Bei den Wahlen zu den Bezirksgremien stand der bisherige Sprecherrat nicht mehr zur Verfügung. Da sich auch niemand zur Kandidatur bereit erklärt hatte, wurde auf die Wahl zum Sprecher/innenrat verzichtet. Gewählt wurde lediglich ein aus 20 Personen bestehender Bezirksvorstand sowie die Bezirksrevisions- und die Schiedskommission. Erst im November 1991 gelang es, zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Parteiarbeit ein vierköpfiges Bezirkssekretariat zu bilden.

## **3.2.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**

### **Organisation**

Sitz:	Essen		
Mitglieder:	über 300 Bund	(1990:	250)
	unter 100 NRW	(1990:	unter 100)

1968 gegründete und der DKP nahestehende Jugendorganisation.

Die SDAJ hat sich von den Zerfallserscheinungen infolge der Ereignisse 1989 in der damaligen DDR noch nicht erholt.



Ihren desolaten Zustand hat sie selbst erkannt. So spricht ein gegen Ende 1991 verfaßter "Mitgliederrundbrief" der SDAJ Ruhr-Westfalen von der "Kleinheit" der SDAJ und hebt "die Schwäche" der örtlichen Gruppen hervor. Wenn im Leitungsbereich nicht "soviel initiiert" worden wäre, "stünde unser Landesverband noch schlechter da. als er es jetzt schon tut".

### **SDAJ bekräftigt ihren Anspruch als revolutionäre Arbeiterjugendorganisation**

Auf ihrem 11. Bundeskongreß im Dezember 1991 (Bundesmitgliederversammlung mit lediglich ca. 130 von etwa 300 Mitgliedern) beschloß die SDAJ ein programmatisches Dokument als Diskussionsgrundlage, in dem sie ihren Anspruch als revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugendorganisation bekräftigt.

## **3.3 "Neue Linke"**

### **3.3.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**

#### **Organisation**

Sitz: Essen  
Mitglieder: ca. 1.500 Bund (1990: 1.400)  
ca. 600 NRW (1990: 600)

Die 1982 gegründete MLPD verfolgt auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung das "Ziel einer Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse". Zweifel an der Richtigkeit ihres politischen Weges hat sie dabei angesichts des Zusammenbruchs der orthodox-kommunistischen Gesellschaftssysteme Osteuropas nicht. Deren früheren Repräsentanten wirft sie vor, den Sozialismus verraten und an dessen Stelle eine "kapitalistische Bürokratenherrschaft" errichtet zu haben.

Die MLPD gliedert sich in Bezirke, Ortsgruppen und Stützpunkte. In Nordrhein-Westfalen bestehen die Parteibezirke Rheinland- und Ruhr-Westfalen.

Zentralorgan der Partei und wichtigstes Instrument im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ist die wöchentlich erscheinende "Rote Fahne" in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Zentralorgan und Flugblätter werden im parteieigenen Verlag "Neuer Weg und Druck GmbH" in Essen hergestellt.

Die Nebenorganisationen

- *Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV)*
- *Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)*
- *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)*

und die Kinderorganisation

- *"Rotfüchse"*

*unterstützen die Parteiarbeit.*

*Der MLBI wurde auf dem etwa Ende 1991/Anfang 1992 durchgeführten IV. Parteitag der MLPD aufgelöst. Seine Mitglieder sollen der MLPD beitreten.*

**Rote  
Fahne**  
Wochenzeitung der MLPD

**1DM** ☎ 02 01/2 59 11 — Telefax-Nr. 02 01/25 10 93  
Postfach 10 31 12, 4300 Essen 1

The image shows the cover of the newspaper 'Rote Fahne' (Red Flag), the weekly publication of the MLPD (Marxist-Leninist Party of Germany). The title is in large, bold, white letters on a red background. Below the title, the subtitle 'Wochenzeitung der MLPD' is written in white. At the bottom of the red section, the postal code '1DM' is followed by contact information: a telephone number (02 01/2 59 11), a telefax number (02 01/25 10 93), and a postal address (Postfach 10 31 12, 4300 Essen 1).

**Die KPdSU  
ist tot —  
Es lebe der  
MARXISMUS-  
LENINISMUS**

Agitation

Die MLPD setzte 1991 ihre Polemik gegen die angeblich imperialistische Politik der Bundesrepublik Deutschland fort. Sie warf ihr im Zusammenhang mit der materiellen Beteiligung am Golfkrieg eine den Frieden gefährdende Großmachtpolitik vor und forderte zur Verweigerung des Wehrdienstes auf. Ihr Pfingstjugendtreffen am 18./19. Mai 1991 in Essen verband sie mit einer Demonstration u. a. zu den Themen "Keine deutschen Soldaten auf fremdem Boden", "Gegen die Großmachtpolitik des BRD-Kapitals". Nach Ansicht des Vorsitzenden der MLPD hat das Pfingstjugendtreffen bewiesen, "daß der Sozialismus nicht zu beerdigen ist".

Die MLPD hat inzwischen die Asylrechtsfrage zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Agitation gemacht. In ihren Publikationen unternimmt sie den Versuch, das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland wegen der öffentlich geführten Debatte über eine Änderung des Artikels 16 Grundgesetz in einen Zusammenhang mit Übergriffen Rechtsradikaler auf Ausländer zu stellen. Die MLPD behauptet, "der Kapitalismus schaffe unaufhörlich den Nährboden für die Wirkung faschistischen Gedankenguts: Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, soziale Verelendung". Es sei bewußt gegen Ausländer gehetzt worden. Neofaschistische Organisationen würden geduldet, der Staatsapparat faschisiert.

Die MLPD hat damit begonnen, ihre Organisation auf die neuen Länder auszuweiten. Dabei soll der MLPD-Bezirksverband Rheinland angeblich die Patenschaft über einen geplanten MLPD-Bezirksverband Berlin-Brandenburg übernehmen.

### **3.3.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)**

#### ***Organisation***

Sitz: Köln  
Mitglieder: ca. 300 Bund (1990: weniger als 350)  
ca. 120 NRW (1990: 150)

Die VSP ist 1986 aus einem Zusammenschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD) mit der trotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) hervorgegangen. Sie ist eine Kernorganisation der revolutionär-marxistischen Gruppierungen ("Neue Linke") und hat sich das Ziel gesetzt eine "sozialistische, revolutionäre Partei zu schaffen, damit die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse ihre Interessen gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat durchsetzen und die politische Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Rahmen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ausüben kann". Sie will Sammelbecken aller revolutionär-marxistischen Kräfte sein und strebt daher eine Vereinigung mit anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" an.

Die VSP gibt an ihrem Sitz in Köln (Zentrale) die vierzehntägig erscheinende "Sozialistische Zeitung" (SOZ) in einer Auflagenhöhe von ca. 2 500 Exemplaren heraus.



## Agitation

Die VSP stellte Anfang 1991 die materielle Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Golfkrieg in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Sie behauptete, „im Golfkrieg, in dem auch die Bundesregierung kriegführende Partei sei, gehe es nicht um das Recht, sondern um 01 und die brutale Durchsetzung einer neuen Weltordnung“. Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Aktivitäten der VSP waren die zunehmende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und die Steuererhöhungen. Hierauf reagierte sie mit dem Versuch, die Debatte um die sozialen Auswirkungen anzuhetzen. Ende 1991 nahm die VSP die Asylrechtsfrage zum Anlaß für heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland. Dieser unter stellt sie eine öffentliche Hetzkampagne und eine staatliche Repressionspolitik zu Lasten der Asylbewerber. Staatstragende Parteien haben angeblich „eine wirksame Zuarbeit für die Neonazis geleistet.“

### 3.3.3 Marxistische Gruppe (MG)

Sitz: ehemals München  
 Fest eingebundene  
 Anhänger: zuletzt mehr als 10.000 Bund  
 (1990: mehr als 10.000)  
 zuletzt 350 NRW (1990: 350)

**MG löste sich auf**

Die MG hat sich im Mai 1991 selbst aufgelöst. Sie war zu Beginn der 70er Jahre aus den damaligen "Roten Zellen" hervorgegangen und hatte sich zu einer revolutionär-marxistischen Organisation entwickelt.

Ausschlaggebend für die Auflösung war nach eigenen Angaben eine Veröffentlichung des Bundesministers des Innern über "Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes". Hierin sah die MG eine Bestätigung ihrer Vermutung, daß sie staatlicher "Verfolgung" unterliege. Dazu ließ sie u. a. verlauten, "der staatlichen Fahndung Märtyrer anzubieten", sei ihr "zu blöd".

Es besteht allerdings die begründete Vermutung, daß die Auflösung der MG nicht endgültig und vollständig war. Als Bestätigung dafür darf der Umstand gelten, daß seit Mitte März 1992 eine Schrift "GegenStandpunkt" im gleichnamigen Verlag erscheint. Die im Impressum der Schrift genannten Personen und die Gesellschafter des Verlages in München sind als langjährige MG-Funktionäre bekannt.

### **3.4 Anarchismus**

#### **Anarchisten lehnen staatliche Ordnung ab**

Anarchisten bekämpfen jede staatliche Ordnung im Sinne des Grundgesetzes und lehnen damit die verfassungsgemäßen Organe der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie wollen die Anarchie erreichen. Die anarchistische Szene ist in Nordrhein-Westfalen überwiegend in örtlichen Kleingruppen organisiert, die nach anarchistischem Selbstverständnis keine gemeinsam allgemeinverbindliche Entscheidungsinstanz haben.

Neben diesen Kleingruppen ist die anarcho-syndikalistische "Freie ArbeiterInnen-Union" (FAU) mit eigenen Gruppen in Nordrhein-Westfalen vertreten. Sie äußert sich in ihrer bundesweit vertriebenen zentralen Schrift "direkte aktion".

Diese Anarcho-Szene ist in Nordrhein-Westfalen personell schwach und ohne nachhaltige Wirkung im öffentlichen politischen Leben.



tiert und es wurden Transparente mit der Forderung nach "Zusammenlegung der politischen Gefangenen" gezeigt.

- Bei Hausbesetzungen in Aachen und Köln standen Forderungen nach "Autonomen Zentren" im Vordergrund. Räumungen besetzter Häuser führten zu weiteren Aktionen, wie sogenannte Häuserkampfdemonstrationen, Nachfolgebesetzungen und Sachbeschädigungen.
- Ab etwa Oktober 1991 haben die Asyldebatte und die zahlreichen personen- und objektbezogenen Angriffe auf Asylbewerber und -heime zu verstärkten Aktivitäten der autonomen Szene geführt. So führten Autonome in zunehmendem Maße Demonstrationen, Flugblattaktionen und Farbsprühereien bis hin zu militanten Aktionen durch.



Neben der Organisation der "antifaschistischen Selbsthilfe" - gemeint sind militante Angriffe gegen Personen und Einrichtungen des rechtsextremistischen Spektrums - waren weitere Agitations- und Aktionsziele Wirtschaftsunternehmen, staatliche Einrichtungen und auch Einzelpersonen, die mit Asyl- und Ausländerfragen in Zusammenhang gebracht wurden. In Taterklärungen wurden die staatliche Asyl- und Ausländerpolitik, aber auch Vertreter von Institutionen und staatlicher Einrichtungen für eine Zunahme ausländerfeindlicher Tendenzen verantwort-

lich gemacht, da sie "mit ihren menschenfeindlichen Asyl- und Ausländergesetzen den Rassisten und Faschisten den Rücken stärken."



## **4 Terrorismus**

### **4.1 Allgemeines**

Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

#### **Terroristische Bedrohung hält weiter an**

Der Schußwaffenanschlag der Rote Armee Fraktion (RAF) auf die US-Botschaft in Bonn-Bad Godesberg am 13. Februar 1991 und die Ermordung des Präsidenten der Treuhandanstalt, Dr. ROHWEDDER, am 1. April 1991 machen deutlich, daß die RAF auch 1991 die gefährlichste terroristische Vereinigung im Bereich des deutschen Linksextremismus war.

Der versuchte Sprengstoffanschlag auf die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen am 8. Januar 1991 in Düsseldorf sowie u. a. ein Sprengstoffanschlag auf die Ausländermeldestelle des Landratsamtes in Böblingen am 22. August 1991 lassen die Gefährlichkeit der Revolutionären Zellen erkennen.

### **4.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld**

#### **Schußwaffenanschlag auf die US-Botschaft in Bonn-Bad Godesberg**

Am 13. Februar 1991 beschossen unbekannte Täter die Botschaft der USA in Bonn-Bad Godesberg von der gegenüberliegenden Rheinseite mit automatischen Waffen. Am Botschaftsgebäude fanden sich zahlreiche Einschüsse. Personen wurden nicht verletzt.

Die Täter hinterließen eine in Plastikfolie verpackte dreiseitige mit der Bezeichnung "Kommando Vincenzo Spano" versehene Erklärung, der ein Deckblatt vorgeheftet war, das neben Parolen gegen den Krieg am Golf eine Bekundung der Solidarität mit dem Hungerstreik "unserer gefangenen Genossinnen und Genossen" von der "Action Directe" in Frankreich und "GRAPO/PCE (r)" in Spanien sowie die Forderung nach "Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in Westeuropa" enthält und "Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen in den Vernichtungstrakten der USA" bekundet. Darunter befindet sich das RAF-Emblem sowie die Bezeichnung "Rote Armee Fraktion, 13.02.91".

Die RAF begründet in der als echt zu bewertenden Erklärung den Anschlag mit der Führungsrolle der USA "im Vernichtungskrieg gegen das irakische Volk". Außerdem prangert sie ein "Großdeutschland" an, das auf dem Weg zur neuen Weltmacht den Einsatz seiner "Militärmaschine" vorbereite.

In wortgleichen Ergänzungsschreiben vom 24. Februar 1991, die am 27. Februar 1991 bei zwei Nachrichtenagenturen in Bonn eingingen, hat die RAF ihre Kommandobezeichnung berichtet. Diese habe - um die Verbindung zu den hunger-

streikenden "Action Directe"-Häftlingen herzustellen - tatsächlich "Ciro Rizatto"\* lauten sollen. Wegen fehlender Unterlagen sei es zu einer "Verwechslung der Namen" gekommen.

### **Ermordung Dr. ROHWEDDERs durch die RAF**

Am 1. April 1991 ermordete ein Kommando der RAF den Präsidenten der Treuhandanstalt, Dr. ROHWEDDER, in seiner Wohnung in Düsseldorf-Oberkassel durch Schüsse aus einem zum Rheinufer gelegenen Schrebergarten. Kurz nach dem Mordanschlag teilte ein unbekannter Anrufer der französischen Nachrichtenagentur AFP in Paris in deutscher und dann in englischer Sprache mit, die RAF sei für den Mord verantwortlich.

Die unbekanntes Täter hinterließen am Tatort eine mit "Rote Armee Fraktion Kommando Ulrich Wessel" unterzeichnete Erklärung, in der u. a. zum gemeinsamen Kampf "gegen die reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen hier und im Trikont" aufgerufen wird.

WER NICHT KÄMPFT, STIRBT AUF RATEN  
FREIHEIT IST NUR MÖGLICH IM KAMPF UM BEFREIUNG  
GEGEN DEN SPRUNG DER IMPERIALISTISCHEN BESTIE  
UNSEREN SPRUNG IM AUFBAU REVOLUTIONÄRER GEGENMACHT !

DIE BEDINGUNGEN FÜR MENSCHENWÜRDIGES UND  
SELBSTBESTIMMTES LEBEN  
IM KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄREN GROSSDEUTSCHEN UND  
WESTEUROPÄISCHEN PLÄNE ZUR UNTERWERFUNG UND AUSBEUTUNG  
DER MENSCHEN HIER UND IM TRIKONT  
DURCHSETZEN !

ZUSAMMEN KÄMPFEN UND WIR WERDEN ZUSAMMEN SIEGEN !

ROTE ARMEE FRAKTION  
KOMMANDO ULRICH WESSEL



Am 6. April 1991 gingen bei einer französischen Nachrichtenagentur in Bonn und einer Tageszeitung in Köln ausführliche Taterklärungen der RAF gleichen Wortlauts ein, die als echt zu bewerten sind. Der Anschlag richte sich gegen einen der "Architekten Großdeutschlands". Der RAF gehe es darum, neben "strategischen Angriffen" (Anschlag Dr. ROHWEDDER) auch in der Lage zu sein, mit konkreten Forderungen in aktuellen Auseinandersetzungen (z. B. Aktion US-Botschaft Bonn) zu "intervenieren" und sich zusammen mit anderen dafür zu organisieren, "Kampfphasen zu bestimmen und die gemeinsamen Ziele durchzusetzen". Zu diesen Zielen gehört offensichtlich auch der Kampf für die Zusammenlegung und Freilassung

der RAF-Häftlinge. In der Taterklärung heißt es hierzu, "für jede revolutionäre Bewegung auf der Welt sei es eine Frage der eigenen Identität, Wege zur Freiheit der politischen Gefangenen zu suchen...". Die RAF knüpft daran die Parole: "Der Weg zur Freiheit der politischen Gefangenen führt über die Durchsetzung ihrer Zusammenlegung". Es folgen die Kampfparolen "Gegen den Sprung der imperialistischen Bestie unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht".

**Erklärung der RAF vom 23. Juni 1991"  
Gegen die Staatsschutzlügen von der ‚Zellensteuerung‘-“**

Am 25. Juni 1991 gingen bei mehreren Nachrichtenagenturen in Bonn mit "Rote Armee Fraktion 23.6.1991 unterschriebene Erklärungen ein, die den gleichen Wortlaut haben und als echt gelten.

Der RAF-Kommandobereich wendet sich darin "gegen die Staatsschutzlügen von der Zellensteuerung". Mit einer "von reaktionärsten Teilen der CDU/CSU" angeschobenen "Kampagne der Bundesanwaltschaft" sollten "selbst die minimalen Verbesserungen und Schritte in Richtung Zusammenlegung, die im letzten Hungerstreik erkämpft wurden", wieder rückgängig gemacht werden. Ziel sei es, "die gefangenen Guerillas und politischen Gefangenen überhaupt" in der Isolation brutal zu foltern, wobei diesmal das "Konstrukt der Zellensteuerung" als Hebel benutzt werde. Die Erklärung schließt mit der Forderung nach Zusammenlegung und Freiheit der politischen Gefangenen und einer Bekundung der Solidarität mit den hungerstreikenden Mitgliedern der französischen Terrororganisation "Action Directe".



Ulrike Meinhof  
(7.10.34-9.5.76)

\*\*\*\*\*  
\* **Do., 17.10., 20 Uhr: Veranstaltung** \*  
\* **gegen Repression und für die Zu-** \*  
\* **sammenlegung der pol. Gefangenen** \*  
\* **Autonomes Zentrum, Neupforte 6** \*  
\*\*\*\*\*

(mit einer Mutter aus der Angehörigengruppe  
der politischen Gefangenen in der BRD)

Vorher ab 18 Uhr: Video "Holger Meins"

(Holger starb am 9.11.74 im 3. kollektiven Hungerstreik)

1) Isolationsfolter in der BRD: kämpfende Gefangene (sowohl politische als auch "soziale") sollen gebrochen werden; Isolationshaft als in der Psychologie erforschtes Gehirnwäscheprogramm; Methoden und Ziele dieser weißen Folter; "Normalvollzug", Kleingruppenisolation und andere Knastrealitäten von politischen Gefangenen in der BRD.

2)a) Forderungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand im 10.Hungerstreik (1.2.-12.5.89) und Veränderungen seit 89.

b) Die Staatsschutzkonstrukte seit Repressionsmittel gegen die Ge-

April 91 als Beispiel für die fangenen und ihre Anwälte.

3)a) Brief von Eva Haule was heißt "Kommunikation draußen"? Zusammenlegung "große politische Ausein- das aus ihrer existentiell- moralisch, materiell... wie greifen, daß wirklich Schluß

(Gefangene aus der RAF): zwischen drinnen und als Voraussetzung für die andersetzung mit allen, die len Erfahrung (subjektiv, auch immer) spüren und be- sein muß mit der Zerstörung

im System und es dagegen darum geht, eine grundsätzlich andere, an den Menschen orientierte gesellschaftliche Realität durchzusetzen"; Aufarbeitung der Erfahrungen, die in 20 Jahren bewaffneter Kampf in der BRD gemacht wurden, und wie zusammen die nächsten politischen Schritte bestimmt werden können.

b) Brief von Lutz Tauber (Gefangener aus der RAF)

c) Erklärung von Ali Jansen, Michael Dietiker und Bernhard Rosenkötter (Gefangene aus dem Widerstand): Kampf gegen das Knastsystem als Bestandteil einer revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen und patriarchalen Herrschaftsapparat in der Metropole.

\*\*\*\*\*  
\* **ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN** \*  
\* \* \* \* \*  
\* **AUS RAF UND WIDERSTAND !!!** \*  
\*\*\*\*\*

Andreas Baader



Die Erklärung stellt eine Reaktion des RAF-Kommandobereiches auf die Zellen- durchsuchungen sowie den Versuch dar, auch außerhalb des RAF-Bereiches eine Unterstützung seiner Forderungen zu erreichen.

### Agitation des RAF-Umfeldes im Zusammenhang mit dem Golfkrieg

Anfang des Jahres 1991 entwickelte das RAF-Umfeld besondere Aktivitäten im Zusammenhang mit der Situation in der Golfregion. So beteiligten sich RAF-Anhänger aus diesem Anlaß u. a. an Demonstrationen des sonstigen linksextremistischen Spektrums. In ihre politische Agitation nahmen sie aber auch Themenbereiche der RAF auf, so die Forderung nach Zusammenlegung und Freilassung von RAF-Häftlingen, den Hungerstreik der "GRAPO-Häftlinge" in Spanien, die Zusammenlegung aller "kämpfenden Gefangenen" sowie die Solidarität mit der Intifada in Palästina und dem kurdischen Befreiungskampf.

In diesem Zusammenhang sei beispielhaft ein Brandanschlag auf die Niederlassung der Firma Daimler-Benz in Mülheim an der Ruhr am 23. Januar 1991 erwähnt, der einen Sachschaden von rund 60.000 DM verursachte. In der Abschrift einer Erklärung, die in der Schrift des linksextremistischen autonomen Spektrums und des terroristischen Umfeldes "Agitare Bene" in Köln abgedruckt wurde, verbinden die unbekanntes Verfasser und mutmaßlichen Täter ihre Polemik gegen die Firma Daimler-Benz, die als einer der ganz großen Konzerne die großdeutsche Machtpolitik entscheidend mitbestimme, u. a. mit der Forderung nach Freilassung von RAF-Häftlingen sowie der "Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen".

### **Kampagne für die Zusammenlegung bzw. Freilassung der RAF-Häftlinge**

Seit dem Frühjahr 1991 propagierte das RAF-Umfeld verstärkt die Forderungen der RAF-Häftlinge nach Zusammenlegung und Freilassung der haftunfähigen Gefangenen der RAF, wobei die Häftlinge französischer und spanischer Terrorgruppen in Solidaritätsaktionen einbezogen wurden:



- *Personen des RAF-Umfeldes führten am 9. und 23. März 1991 in Bonn Kundgebungen anlässlich des Hungerstreiks von Inhaftierten der französischen Terrororganisation "Action Directe" durch. Flugblätter, die zur Kundgebung am 23. März 1991 aufriefen, waren von "Bonner Gruppen für die Zusammenlegung" unterzeichnet.*
- *In der Nacht zum 3. Mai 1991 beschädigten Unbekannte mehrere jeweils auf dem Gelände von Mercedes-Benz-Niederlassungen in Velbert und Wuppertal abgestellte Fahrzeuge mit ätzender Flüssigkeit. Zu der Tat bekannten sich offenbar RAF-Unterstützer unter der Bezeichnung "militante Gruppen für eine revolutionäre Bewegung".*

- *Personen des RAF-Umfeldes besetzten am 14. Juni 1991 vorübergehend die Renault-Bank in Köln und hielten vor der Bank eine Standkundgebung ab. Anschließend bildeten sie einen Demonstrationszug durch die Kölner Innenstadt. Mit der Aktion sollte u. a. den Forderungen der RAF-Häftlinge, der inhaftierten Mitglieder der "Action Directe" und der spanischen terroristischen "GRAPO" nach Zusammenlegung Nachdruck verliehen werden.*
- *Am 20. Juli 1991 fanden vor den Justizvollzugsanstalten Köln und Bielefeld zum Thema "Zusammenlegung der politischen Gefangenen" Kundgebungen statt, zu denen in verschiedenen Schriften bundesweit aufgerufen wurde. An beiden Veranstaltungen mit jeweils über 100 Teilnehmern beteiligten sich Personen des RAF-Umfeldes. Anlaß für die Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Bielefeld war die kurzfristige Verlegung von vier RAF-Häftlingen aus der Justizvollzugsanstalt Köln nach Bielefeld.*
- *Am 28. Juli 1991 verübten bisher unbekannte Personen des RAF-Umfeldes einen Brandanschlag auf die Firma Renault Nutzfahrzeuge in Brühl, wobei ein Sachschaden von rund 700.000 DM entstand. Die Täter hinterließen eine mit "eine Gruppe für eine starke revolutionäre Bewegung" unterzeichnete Erklärung, in der Solidarität mit den im Hungerstreik befindlichen Häftlingen der "Action Directe" zum Ausdruck gebracht, gegen die "Angriffe und Lügen des Staatsschutzes" polemisiert und die "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" gefordert wird.*

Seit Mitte August 1991 entwickelte sich die Zusammenlegungskampagne nur noch schleppend. Planungen aus dem Umfeld der RAF, im Herbst 1991 eine große bundesweite Demonstration vor dem Bundeskanzleramt in Bonn für die "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" durchzuführen, wurden verschoben. Der Versuch des RAF-Umfeldes in Nordrhein-Westfalen, sich an regionalen Aktionen einer in der Zeit vom 7. bis 12. Oktober 1991 durchgeführten Aktionswoche zum Thema "500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand" mit einem "Aktionstag für die politischen Gefangenen" am 10. Oktober 1991 wirksam anzuhängen, scheiterte an mangelnder Mobilisierung. Lediglich in Köln und Bonn fanden kleinere Demonstrationen mit 60 bis 90 Teilnehmern statt, die über den Teilnehmerkreis hinaus keine Resonanz erzielten.

### **Solidaritätsaktionen für den "kurdischen Befreiungskampf"**

Am 30. Juli 1991 besetzten Angehörige des örtlichen RAF-Umfeldes die Filiale der türkischen Pamuk-Bank in Köln. Während sich mehrere Personen in der Bank aufhielten, verteilten Anhänger auf der Straße Flugblätter und zeigten Transparente, auf denen zur "Solidarität mit dem Befreiungskampf der kurdischen und türkischen Völker" aufgerufen wurde.

### **RAF-Umfeld greift Strafprozesse gegen Personen aus Duisburg und Bielefeld agitatorisch auf**

Am 7. Juni 1991 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf im Revisionsverfahren die zuletzt in Duisburg wohnhaften Norbert HOFMEIER, Barbara PERAU HOFMEIER und Thomas THOENE wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) und Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion (auf BGS-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11. August 1986) jeweils zu

einer Freiheitsstrafe von acht Jahren. Anhänger hatten in Flugblättern und Plakaten in mehreren Städten auf den Prozeß hingewiesen sowie die Zusammenlegung bzw. Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert.

Am 2. Oktober 1991 verurteilte das Oberlandesgericht in Hamburg den zuletzt in Bielefeld wohnhaften Holger DEILKE zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF) und wegen illegalen Waffenbesitzes. Der Prozeß wurde von Anhängern des RAF-Umfeldes Bielefeld in einer "Prozeßgruppe" agitatorisch begleitet.\*\*



### Protest gegen Durchsuchungsmaßnahmen in den Räumen des Arbeiterjugendzentrums (AJZ) Bielefeld

Am 26. November 1991 wurde das Arbeiterjugendzentrum (AJZ) in Bielefeld im Rahmen eines von der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf u. a. gegen Verantwortliche des AJZ e.V. und des Informationszentrums "Anschlag" (Prozeßgruppe Bielefeld) gerichteten Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts einer Straftat nach

§129 a Strafgesetzbuch durchsucht. Anlaß war das von der "Prozeßgruppe Bielefeld" herausgegebene "Prozeßinfo" Nr. 1 zum Prozeß gegen Holger DEILKE. Dabei wurden u. a. Druckvorlagen des "Prozeßinfos" Nr. 1, zahlreiche Exemplare der "Prozeßinfos" Nr. 2 und 3 sowie 25 Exemplare des terroristischen Buches "Die Rote Zora" sichergestellt. Das RAF-Umfeld sowie das sonstige terroristische Umfeld Bielefeld reagierte darauf am 28. November 1991 mit einer nicht angemeldeten Demonstration. In einem bei der Demonstration verbreiteten Flugblatt "hetzen - diffamieren - konstruieren" wird u. a. ausgeführt, das AJZ sei "für uns ein wichtiger Ort für Diskussionen und Organisation von Widerstand".

---

\* Ciro Rizatto, ein italienischer Linksextremist, der sich später der "Action Directe" angeschlossen hatte, war 1983 bei einem Banküberfall in Frankreich erschossen worden.

\*\* Holger DEILKE wurde aufgrund eines Beschlusses des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichts Hamburg am 2. Januar 1992 unter Auflagen und Weisungen aus der Untersuchungshaft entlassen.

### **4.3 Revolutionäre Zellen (RZ)**

#### ***Versuchter Sprengstoffanschlag auf die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen***

Am 8. Januar 1991 ging bei der "Rheinischen Post" und der "Deutschen Presseagentur" in Düsseldorf eine als echt zu bewertende Erklärung ein, in der sich Revolutionäre Zellen zu einem Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Staatskanzlei und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen bekennen. Am Morgen des 9. Januar 1991 wurde an der Außenmauer des Gebäudes ein nicht gezündeter Sprengsatz sichergestellt und entschärft.

In der mit "Bleiberecht für Roma und Sinti! Keine Abschiebung!" überschriebenen zweiseitigen Taterklärung werden beide Behörden als die "Planungszentren einer endgültigen Bereinigung der ‚Zigeunerfrage‘- in Nordrhein-Westfalen" bezeichnet. Die "Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma" solle den Kampf "gegen die anstehenden Massendeportationen" unterstützen.



### **Veröffentlichung eines Buches "Die Rote Zora" mit Texten der autonomen Frauengruppe der RZ "Rote Zora"**

Seit Frühjahr 1991 wurde in alternativen Kommunikationszentren im Bundesgebiet, darunter auch im Buchladen "Anschlag" im Arbeiterjugendzentrum (AJZ) Bielefeld, ein Taschenbuch mit dem Titel "Die Rote Zora" angeboten, das eine Zusammenstellung bereits bekannter Texte und Taterklärungen sowie eine Anleitung zum Bau von Spreng- und Brandsätzen der Frauengruppe "Rote Zora" innerhalb der terroristischen Vereinigung RZ enthält.

### **Sprengstoffanschlag RZ auf die Ausländermeldestelle des Landratsamtes Böblingen**

In der Nacht zum 22. August 1991 verübten bisher unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf die Ausländermeldestelle in Böblingen, der einen Sachschaden von rund 100.000 DM verursachte. In einer als echt zu bewertenden Erklärung, die am 23. August 1991 bei einer örtlichen Zeitung einging, bezeichnen "Revolutionäre Zellen" als Ziel des Anschlages, die Arbeit der "Abschiebeschweine" zu be- und verhindern und eine bisher nur bei wenigen Menschen vorhandene Solidarisierung mit Flüchtlingen und Immigranten zu entwickeln. Die Ausländerbehörde spiele für die betroffenen Menschen als institutionalisierter Rassismus eine zentrale Rolle.

### **Erklärung RZ zum Tod eines mutmaßlichen Gründungsmitgliedes**

In ihrer Ausgabe vom 21. Dezember 1991 veröffentlichte die "tageszeitung" (taz) auszugsweise einen 13seitigen mit "Revolutionäre Zellen Dez. '91" unterschriebenen Brief. Die Verfasser erklären darin, daß der offenbar zu den Gründungsmitgliedern der RZ gehörende Gerhard ALBARTUS\* bereits im Dezember 1987 erschossen worden sei, "nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war". Auf die Entführung der Air France-Maschine nach Entebbe im Juni 1976 und die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung gehen die Verfasser sehr selbstkritisch ein und erläutern die Gründe für die Loslösung der RZ aus ihren internationalen Verbindungen. Trotz al-

ler Selbstkritik ist für die RZ der Tod Gerhard ALBARTUS' kein "Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt".

- 
- \* Gerhard ALBARTUS war zusammen mit einem Mittäter nach einem versuchten Brandanschlag auf ein Filmtheater in Aachen im Januar 1977 festgenommen und 1979 u. a. wegen mitglied-schaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RZ) und versuchter Brandstiftung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 4 Jahren und 9 Monaten rechtskräftig verurteilt worden. Nach seiner Haftentlassung 1981 bis zu seiner Ausreise Anfang Dezember 1987 nach Damas-kus wohnte er in Düsseldorf.

## **5 Ausländerextremismus und -terrorismus**

### **5.1 Allgemeines**

In Nordrhein-Westfalen sind 1991 unverändert etwa 20.000 Ausländer extremistischen Organisationen zuzurechnen. Obwohl weniger als 2% des ausländischen Bevölkerungsanteils, treten sie in der Öffentlichkeit durch zahlreiche, zum Teil gewaltsame Aktivitäten in Erscheinung. Dabei agieren vornehmlich die Linksextremisten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Zum Teil richten sich die Bestrebungen gegen die Sicherheit unseres Landes. Die meisten extremistischen Ausländerorganisationen suchen die politischen Verhältnisse in den Heimatländern mit Gewalt zu verändern; ihre Bestrebungen gefährden damit die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

#### **Entwicklung 1991**

Beherrschende Themen im Ausländerbereich waren im ersten Halbjahr 1991 der Golfkrieg und die Verfolgung der Kurden im Irak, im zweiten Halbjahr der jugoslawische Bürgerkrieg und die Nahost-Friedenskonferenz, mit ihren jeweiligen Auswirkungen auf die hier lebenden Landsleute.

Bei den Türken nahmen Aktivitäten und Gewaltanwendung der "Neuen Linken" erheblich zu. Namentlich die hier seit 1983 verbotene DEVRIMCI SOL verübte eine Reihe von Anschlägen.

Innerhalb der Kurden traten die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre Nebenorganisationen schwerpunktmäßig hervor. Sie führen in der Türkei einen Guerillakrieg für ein unabhängiges Kurdistan, für den sie in der Bundesrepublik Deutschland Kämpfer rekrutieren und schulen sowie Spenden sammeln. Ihr bewaffneter "Befreiungskampf" ist bestimmend für die Aktivitäten in unserem Land.

Auch iranische Oppositionelle wandten sich mit ihren Aktionen gegen den Heimatstaat. Gegen die seit Herbst 1991 tagende Nahost-Friedenskonferenz hat sich eine islamisch-palästinensische "Ablehnungsfront" gebildet. Der jugoslawische Bürgerkrieg hat die Spannungen unter den hier lebenden Jugoslawen erhöht. Zwar blieben befürchtete Konfrontationen zwischen serbischen und kroatischen Volksgruppen aus, jedoch kam es zu einer Reihe gewaltsamer Vorfälle.

Mit Anschlägen in Düsseldorf und München im Juli 1991 ist die baskische Separatistenorganisation ETA erstmals auch in der Bundesrepublik Deutschland terroristisch in Erscheinung getreten.

### **5.2 Auswirkungen des Golfkriegs**

#### **"Gefährderprogramm" gegen erwartete Terroranschläge**

Seit Beginn des Golfkonflikts 1990 sind weltweit fast 200 Terrorakte mit Golfbezug verübt worden. In keinem Fall ließ sich eine irakische oder palästinensische Steuerung erkennen. Die Täter stammten aus dem jeweiligen einheimischen Extremistenbereich. In Nordrhein-Westfalen wie im übrigen Bundesgebiet blieben mit Kriegsausbruch (17. Januar 1991) erwartete Anschläge aus. Trotz des Verbalradikalismus Saddam HUSSEINs und der Führer palästinensischer Terrorgruppen wa-

ren die hier lebenden Anhänger offenbar nicht bereit, Vorarbeit für einreisende Kommandos zu leisten. Hierzu dürfte das von den Verfassungsschutzbehörden initiierte und von den Polizeibehörden durchgeführte "Gefährderprogramm" entscheidend beigetragen haben.

## 5.3 Türken

### 5.3.1 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADUTDF)

- Türk-Föderation -

#### Jahreskongreß in Wiehl

Sitz: Frankfurt/Main  
Mitglieder: rd. 2.000 NRW  
Ziel: extrem nationalistische, zugleich strikt antikommunistische Ausrichtung des türkischen Staates

Die Türk-Föderation, deren Anhänger vielfach "Graue Wölfe" genannt werden, hielt ihren Jahreskongreß im Mai 1991 in Wiehl (Oberbergischer Kreis) ab. Hieran nahmen über 7.000 Mitglieder aus Europa teil. Der Vorsitzende Ayhan ÖZER aus Frankfurt/Main wurde in seinem Amt bestätigt. Er prophezeite: "Diejenigen, die uns als Rassisten beschimpfen, ...werden mit der Zeit den Sieg des Nationalismus über den Kommunismus anerkennen." Als Ehrengast und Redner war der bekannte Nationalistenführer Alparslan TÜRKES aus der Türkei angereist.

### 5.3.2 Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB)

Sitz: Frankfurt/Main  
Mitglieder: rd. 800 NRW  
Ziel: wie Türk-Föderation, jedoch stärkere Betonung des islamischen Elements

#### Jahreskongreß in Bonn

Bei der nationalistischen TIKDB handelt es sich um eine Abspaltung von der Türk-Föderation. Sie führte ihren Jahreskongreß im Mai 1991 in Bonn durch. Daran beteiligten sich mehr als 2.000 Anhänger. Musa Serdar CELEBI aus Hessen wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt.

### 5.3.3 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (KAPLAN-Verband)

Sitz: Köln  
Mitglieder: etwa 1500 NRW  
Ziel: revolutionärer Sturz der türkischen Regierung und Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Heimatland

#### Fundamentalistenführer KAPLAN äußert sich feindlich gegenüber der Türkei

Auf dem Neujahrsfest seines Verbandes Mitte September 1991 in Köln äußerte der Vorsitzende KAPLAN: "Ein islamischer Staat schöpfe Recht und Gesetz allein aus dem Koran; Parteien hätten in ihm keine Berechtigung." KAPLAN forderte den Sturz des Denkmals Atatürk und den Untergang des türkischen Regimes. Unter

den rund 5.000 Teilnehmern befanden sich Abordnungen des palästinensischen und afghanischen Widerstandes.

### **5.3.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)**

Sitz: Türkei  
Mitglieder: (einschl. Basisgruppen): rd. 600 NRW  
Ziel: bewaffnete Revolution in der Türkei

#### **Brandanschlag in Duisburg Unterstützung des bewaffneten Kurdenkampfes**

Auf die türkische Yapie-Bank in Duisburg wurde im März 1991 ein Brandanschlag verübt (rund 500.000 DM Sachschaden). Zu der Tat hat sich die in Nordrhein-Westfalen bislang nicht aufgetretene "M 18 Frauenguerilla" bekannt; sie habe gehandelt aus Protest gegen "Unterdrückung und Folter in türkischen Gefängnissen" und "das Massaker in Kurdistan". Die Bekennergruppe ist eine Untergliederung der gewaltorientierten TKP/ML. Dabei steht "M 18" für "Mai 18" (1973), den Todestag des TKP/ML-Gründers.

In einer im Frühjahr erschienenen neuen (deutschsprachigen) Publikation stellt die TKP/ML ihre marxistische Ideologie vor, die maßgeblich von den Vorstellungen Mao Tse-tung beeinflusst ist. Ziel ihres Kampfes "gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und jegliche Reaktion" ist eine "proletarische Weltordnung". In einem Beitrag zur Kurdenproblematik befürwortete sie den bewaffneten Kampf der Kurden. Insbesondere unterstützt sie die Arbeiterpartei Kurdistans, deren Gewaltaktionen den "faschistischen türkischen Staat und damit den Imperialismus" schwächen.

### **5.3.5 DEVRIMCI SOL (DEV SOL- Revolutionäre Linke)**

Sitz: Istanbul  
Mitglieder: etwa 150 NRW  
Ziel: kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei

#### **Aktivitäten trotz Verbots/Terroranschläge im Heimatland**

Die 1983 vom Bundesminister des Innern verbotene DEV SOL ist weiterhin aktiv. In deutschsprachigen Flugblättern bezichtigt sie sich, in der Türkei Sprengstoffanschläge gegen Einrichtungen der USA und ihrer im Golfkrieg Verbündeten verübt sowie einen Amerikaner getötet zu haben. Der von den USA und Großbritannien geführte Imperialismus sei der Feind der arabischen Völker und damit der Feind des türkischen und kurdischen Volkes. Außerdem rühmte sich DEV SOL der Ermordung von drei türkischen Generälen im Frühjahr in Ankara.

#### **Neue Kampfschrift**

Ab Juni 1991 gibt DEV SOL eine deutschsprachige Propagandaschrift "Der Kampf in der Türkei" heraus. In der Erstausgabe stellt sie ihre Aktionen für ein "Kurdistan dem kurdischen Volk" besonders heraus. Sie verherrlicht ihre Terroranschläge im Heimatland und greift die Rolle der USA im Golfkrieg scharf an. Gegen den Imperialismus als Hauptfeind der Völker sei eine Kampffront aufzubauen. Es müßten

noch mehr Vietnams geschaffen und die Revolution vorangetrieben werden. Ein revolutionärer Internationalismus sei notwendiger denn je.

### **Drohung gegenüber türkischem Staat**

Im Juli 1991 stürmte die Polizei in Istanbul einen Stützpunkt der DEV SOL, dabei wurden bei einem Schußwechsel zehn Mitglieder der Gruppe tödlich verletzt. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte, gestützt auf das neue türkische Antiterrorgesetz, löste hierzulande zahlreiche Proteste von DEV SOL-Anhängern aus. Diese demonstrierten zum Teil gewalttätig vor türkischen Einrichtungen und begingen erhebliche Sachbeschädigungen.



In ihrem deutschsprachigen Nachrichtenbulletin vom 22. Juli 1991 zählt DEV SOL die Verantwortlichen für das "Massaker von Istanbul" bis hin zum Staatspräsidenten auf und droht:

"Wir werden die Befehlsgeber und diejenigen, die Befehle ausgeführt haben, niemals vergessen und ihnen nicht vergeben! Diese Mörder werden nicht davonkommen, dafür zu zahlen. Sie werden früher oder später der revolutionären Gerechtigkeit nicht entgehen."

## **Bekennung zu Anschlägen in Deutschland**

In "Der Kampf in der Türkei" Ausgabe September/Oktober 1991 bekennt sich DEV SOL nicht nur zu den Besetzungen türkischer Banken (so in Köln und Dortmund), sondern auch zu den Anschlägen auf türkische Einrichtungen im Bundesgebiet im Juli 1991, u. a. auf die Imar-Bank in Köln (mit Molotow-Cocktails, großer Sachschaden). Am 17. November 1991 wurde ein Brandanschlag auf die türkische "Akbank" in Essen verübt (Gesamtschaden 50.000 DM). Die Polizei fand am Tatort eine Art Selbstbeziehungsschreiben mit der Parole (übersetzt) "Tod dem Faschismus, Freiheit für das Volk, Ende mit der Folter".

## **Gründung eines Aktionskomitees**

Die Organisation DE IRIMCI SOL GUCLER (Revolutionäre linke Kräfte), die mit DEV SOL identisch sein dürfte, hat im Herbst 1991 ein "Unterstützungskomitee mit dem revolutionären Kampf in der Türkei und Kurdistan" (TEDKAD) gegründet. Seine Zentrale befindet sich in Köln. Die Gründung bezweckt, "mit den fortschrittlichen demokratischen und revolutionären Kräften in Europa und auf der Welt mehr zusammenarbeiten zu können und sich mit ihnen (zu) solidarisieren". TEDKAD will "die maximale Unterstützung für den Kampf in der Türkei und in Kurdistan leisten". Es versteht sich als "Ausdruck einer kämpferischen und entschlossenen Tradition im Kampf für den Sozialismus".

## **5.3.6 Reaktionen auf Übergriffe gegen Ausländer**

### **Türken gegen Skinheads und Neonazis**

Hauptsächlich türkische Jugendliche machen in Gruppen gegen Skinheads/Neonazis mobil, wobei eine politische Motivation bislang nicht deutlich erkennbar ist. Solche Gruppen sind in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens aufgetreten. Sie suchen die gewaltsame Auseinandersetzung. Es handelt sich um eine neue Entwicklung im Ausländerbereich, die eine zusätzliche Gefährdung der inneren Sicherheit mit sich bringt und daher besonderer Aufmerksamkeit bedarf. In diesem Zusammenhang sind folgende Vorfälle zu erwähnen:

- *Anfang Oktober 1991 erschien eine Gruppe türkischer Jugendlicher vor einem - wenige Tage zuvor mit Molotow-Cocktails angegriffenen - Asylbewerberwohnheim in Hagen. Sie diente den Bewohnern ihre Unterstützung an und wollte "Skinheads und Punkern Manieren beibringen". Die Türken zeigten Pis-tolen und andere Gegenstände vor, die sie dabei einsetzen wollten.*
- *Am 12. Oktober 1991 warfen in Herten 20 Türken Brandsätze in zwei Gaststätten, in denen sich Skinheads aufhielten. Mehrere Personen wurden verletzt.*

## **5.4 Kurden**

### **5.4.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln  
Mitglieder: (einschl. Nebenorganisationen): schätzungsweise 800  
NRW

Ziel: Errichtung eines eigenständigen Kurdenstaates

### **Bewaffneter "Befreiungskampf" bestimmend für die Aktivitäten**

Die marxistisch-leninistisch ausgerichtete PKK verfolgt ihr Ziel, indem sie einen bewaffneten "Befreiungskampf" gegen die Türkei führt. Maßgebliche Unterstützung (Propagierung, Finanzierung, Rekrutierung von Kämpfern) erhält sie dabei von ihren Anhängern in der Bundesrepublik Deutschland. Der türkische Staat geht seinerseits militärisch gegen die PKK vor. Diese Auseinandersetzung bestimmt das Verhalten der Partei und ihrer Nebenorganisationen in Nordrhein-Westfalen. Mit einer Fülle von Publikationen und zum Teil gewaltsamen Aktionen traten sie 1991 über das ganze Jahr öffentlich in Erscheinung. Daneben betätigten sie sich ständig auch konspirativ.

### **Propagierung der Revolution in der Heimatregion**

In ihrem Aufruf zum 1. Mai wendet sich die PKK-Europavertretung gegen die "Herrschaft des Ungeheuers Imperialismus" in der Türkei und im Nahen Osten. Ferner prophezeit sie, daß "die Revolution... nicht nur auf Kurdistan beschränkt bleiben..., sondern die Rolle der Mutter der Revolution in der Region spielen wird".

Zur Lage des kurdischen Volkes äußert sie sich im "Kurdistan-Rundbrief" vom 9. Mai 1991 wie folgt:

- *"... ein sich selbst befreiendes Kurdistan eine wichtige Rolle bei der Zerschlagung aller Ketten der Sklaverei in der ganzen Region innehaben wird."*
- *"Die USA und die Türkische Republik strecken ihre mit dem Blut des kurdischen Volkes befleckten Hände angeblich aus, um zu helfen... Die Pläne (Anmerkung: gemeint der USA und der Türkei) zielen im Grunde darauf ab, die sich in Nordwest-Kurdistan entwickelnde national-befreierische Revolution zu ersticken."*

Zum Schluß wiederholt die PKK ihren "Aufruf vor allem an die Revolutionäre der Türkei":

*"Steigern wir den revolutionären Kampf gegen die imperialistischen und kolonialistischen Liquidierungspläne!"*

### **Ziele militanter Protestaktionen**

Wiederholt demonstrierten PKK-Anhänger im März, Juli, August und Dezember 1991 massiv vor den türkischen Generalkonsulaten in Hürth, Essen, Münster und Düsseldorf, wobei sie Sachbeschädigungen begingen und einschreitende Polizeibeamte verletzten. Auch die türkische Botschaft in Bonn sowie türkische Banken und Reisebüros waren im August Ziele zum Teil gewaltsamer Aktionen. Anlässe für die Protestaktionen waren der "Terror des türkischen Staates in Kurdistan", insbesondere das Vorgehen des Militärs gegen die kurdische Bevölkerung und Luftangriffe gegen PKK-Stützpunkte.

### **Touristenentführung/Anmaßung staatlicher Kontrollbefugnisse**

Anfang August 1991 wurden in der Türkei zehn deutsche Touristen von kurdischen Untergrundkämpfern verschleppt. Aus diesem Anlaß lud das Kurdistan-Komitee, PKK-Nebenorganisation in Köln, am 6. August zu einer Pressekonferenz nach Bonn ein. Dort erklärte ein Sprecher der - ebenfalls PKK-gesteuerten - Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), die Entführung sei eigenmächtig durch eine regionale Gruppe der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK, bewaffneter Zweig der PKK) erfolgt. In einem Presseinterview vom September 1991 wiederholte PKK-Generalsekretär ÖCALAN, die Entführung sei ohne Kenntnis der Parteizentrale erfolgt. Dem Leben von Touristen, die nach Kurdistan kämen, drohe nun einmal Gefahr. Daher brauchten die Touristen eine Einreiseerlaubnis der PKK. Falls sie sich "unserer Kontrolle" nicht unterzögen, würden sie verhaftet und müßten Rechenschaft ablegen. Die PKK verfüge über verschiedene Einheiten im Ausland, bei denen die Erlaubnis einzuholen sei.

### **Spendenkampagne 1991**

Die PKK führte ihre Spendenkampagne - zum Teil unter Verletzung sammlungsrechtlicher Vorschriften - vom 15. August bis 27. November 1991 durch und erzielte bundesweit ein Ergebnis von mehreren Millionen DM.

Im September und Oktober versuchten in Lindlar, Neuss und Wuppertal angebliche PKK-Angehörige mit Todesdrohungen, Geld von Türken und Kurden für eine "politische Kampagne" zu erpressen. Eingeleitete Ermittlungen konnten jedoch einen PKK-Bezug nicht bestätigen.

### **Protest gegen PKK-Prozesse**

Rund 3.000 Anhänger der PKK forderten am 26. Oktober 1991 bei einem Umzug durch Düsseldorf "Schluß mit den Kurdenprozessen in Deutschland". Ein während der Demonstration verteiltes Flugblatt der PKK-Europavertretung lautet:

"... Die Allianz zwischen der Türkischen Republik und der Bundesrepublik versucht den freien Willen des kurdischen Volkes, also die PKK, zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Der deutsche Staat möchte die Verfahren in Celle und Düsseldorf als ein Element der Erpressung gegen unsere Partei und unseren nationalen Befreiungskampf weiterführen... "

Im PKK-Organ "Kurdistan-Report" vom Oktober 1991 heißt es zum Düsseldorfer PKK-Prozeß:

"Es ist höchste Zeit, daß dieses Schauspiel beendet wird! Schneller könnte es gehen, würde die bundesdeutsche Linke begreifen, daß sie hier eine ganz dringende Aufgabe hat, nämlich mit Protesten und Aktionen ein Stack internationale Solidarität zu leisten, und so von hier aus etwas zum Sieg des kurdischen Befreiungskampfes beizutragen. Diesen Prozeß zu Fall bringen würden alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte einen Schritt weiter bringen!"

### **Geplante Regierungsbildung und Kriegsfinanzierung**

Wie auf einem PKK-Seminar Mitte Oktober 1991 verlautete, hält die Partei Zeit und Lage für reif, in Kurdistan eine "legitime Volksregierung" auszurufen. Zuvor

soll eine "Kriegsregierung" gebildet werden. Im "Kurdistan-Report" vom November 1991 kündigt die PKK an:

- *"Unser Volkskrieg" muß jetzt auf ökonomischer Basis verankert werden.*
- *Alle Menschen aus Kurdistan sind an dieser "Kriegsökonomie" zu beteiligen. Sie sollen einen materiellen und ideellen Beitrag leisten.*
- *Auf alle von oder nach Kurdistan ex- und importierten Waren werden Zollgebühren erhoben.*

### **Gewaltandrohung gegenüber Deutschland**

Das PKK-Sprachrohr "Kurdistan-Rundbrief" vom 5. Dezember 1991 bringt ein BBC-Interview mit PKK Generalsekretär ÖCALAN. Demnach versteht sich die PKK als einzige Autorität in Kurdistan und müsse von allen in- und ausländischen Firmen anerkannt werden. Kritik wird geübt an den Beziehungen Deutschlands zur Türkei in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht. Wörtlich erklärt ÖCALAN:

- *"Wir wollen diese zügellose deutsche Unterstützung etwas mindern."*
- *"Gegen die Wirtschaftsgesellschaften werden wir sowieso den Krieg eröffnen. Nicht nur gegen die der Deutschen..."*
- *"Die (türkischen Regierungskreise) verstehen keine andere Sprache als die der Gewalt. Auch Deutschland nicht."*

### **5.4.2 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)**

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln

#### **Politisch-propagandistischer Arm der PKK**

Als politischer Zweig der PKK propagiert die ERNK die Ziele der Partei. Sie hat im Januar 1991 u. a. erklärt: "Kurdistan wird zu einem Grab für die türkische Armee und ihre imperialistischen Helfer werden." (Anm.: Gemeint ist auch die NATO.)

### **5.4.3 Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)**

#### **Jugendaufbruch zum Waffengang**

Bei der ARGK handelt es sich um den militärischen Arm der PKK im Heimatland. Im Februar 1991 verbreiteten PKK-Anhänger in Lüdenscheid Aufkleber der ARGK mit folgendem Text (übersetzt):

*"Beherzte Jugend Kurdistans! Die jetzige Zeit ist eine Ära der Rache! Deine Militärzeit ist gekommen! Greife als Soldat in der ARGK zu Deinen Waffen! Nimm Rache an der faschistischen, ausbeuterischen Türkischen Republik für die Sklaverei des Jahrhunderts!"*

### **5.4.4 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-KURDISTAN)**

Sitz: Bonn (Kurdistan-Zentrum)  
Mitglieder: 4 Vereine in Bielefeld, Bonn, Duisburg und Köln  
Ziel: wie PKK

### **Großdemonstration gegen "Völkermord in Kurdistan"**

FEYKA-KURDISTAN steuert zentrale öffentliche Veranstaltungen örtlicher PKK-Anhängervereine. Zusammen mit der "Revolutionären Einheitsplattform" (Bündnis der kurdischen/türkischen "Neuen Linken") organisierte sie im April 1991 in Bonn eine Großkundgebung gegen den "Völkermord in Kurdistan" mit rund 5 700 Teilnehmern, darunter etwa 120 deutsche Linksextremisten.

### **5.4.5 Kurdistan Komitee in der BRD e.V.**

#### **Ausgabe von Passierscheinen für Kurdistanreisen**

Das in Köln ansässige Kurdistan-Komitee leistet Öffentlichkeitsarbeit für die PKK. Seit Herbst 1991 stellt es für die Partei - sich staatliche Funktionen anmaßend - an Reisende (Geschäftsleute, Touristen) einen "Travel Pass to Kurdistan" aus.\*

\* Der Bundesminister des Innern hat im Mai 1992 das Kurdistan-Komitee aufgefordert, die Visaerteilung zu unterlassen; andernfalls würden Verbotsmaßnahmen nach § 14 Vereinsgesetz ergriffen.

### **5.4.6 Kurdistan-Solidaritätsgruppen**

#### **Werbung für PKK- Befreiungskampf**

Eine Delegation der - PKK-beeinflussten - Kurdistan-Solidaritätsgruppen reiste im August 1991 zum PKKAusbildungslager im Libanon ("Mahsum Korkmaz-Akademie"). Seit Oktober 1991 berichteten Teilnehmer in nordrhein-westfälischen Städten vor überwiegend deutschem Publikum über diese Reise, zeigten Dias vom bewaffneten Kampf der PKK und traten für deren Ziele ein. Offenbar sind die Veranstaltungen Folge des Beschlusses der PKK-Nebenorganisationen ERNK und Kurdistan-Komitee, eine verstärkte Kampagne gegen die laufenden Kurdenprozesse durchzuführen.

### **5.4.7 PKK und Kurdenproblem**

Anlaß für die Aktivitäten der PKK und ihrer Nebenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland ist das ungelöste Kurdenproblem in der Türkei. Die bisherige Versagung legitimer Minderheitenrechte für die Kurden und die Art und Weise der Reaktion türkischer Sicherheitskräfte im kurdischen Gebiet auf Terroranschläge der PKK bringen der PKK verstärkt Zulauf und Unterstützung und liefern ihr den Vorwand für ihr militantes Verhalten. Ein erfolgreiches Unterbinden des PKK-Extremismus hängt daher von der Lösung des Kurdenproblems ab; der Schlüssel hierzu liegt in der Türkei. Erste positive Lösungsansätze sind in der Politik der neuen türkischen Regierung erkennbar.

### **5.4.8 Aktivitäten sonstiger kurdischer Extremisten**

#### **Botschaftsbesetzungen**

Unterdrückung und Exodus der irakischen Kurden führten im März und April 1991 außerdem zu folgenden Protestaktionen hier ansässiger kurdischer Extremisten:

- *Demonstration vor dem türkischen Generalkonsulat in Hürth mit Fahnenverbrennung (16. März)*
- *Besetzungen der irakischen Botschaft in Bonn (16. März und 5. April)*
- *Vordringen auf das Gelände der kubanischen Botschaft in Bonn, aus der Warnschüsse abgegeben wurden (6. April)*
- *Besetzung des Geländes der Botschaft Jemens in Bonn (9. April).*

## **5.5 Iraner**

### **5.5.1 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV)**

Sitz: Köln  
Mitglieder: etwa 350 NRW  
Ziel: Sturz des Mullah-Regimes im Heimatland

#### **Agitation gegen den Heimatstaat**

In der MSV sammeln sich die islamisch-marxistisch ausgerichteten Volksmodjahedin. Auf einer Großkundgebung im Juni 1991 in Bonn (rund 1 500 Teilnehmer) gedachten sie der Hingerichteten und politischen Gefangenen im Iran. Ihr Protest richtete sich

- *“gegen Staatsterror und Fundamentalismus der Mullahs”,*
- *“gegen jede Annäherung an die Mullah-Diktatur”,*
- *“für internationale Maßnahmen gegen das Teheraner Terrorregime mit Rafsandjani an der Spitze”.*

### **5.5.2 Aktivitäten sonstiger oppositioneller Gruppen**

#### **Ausschreitungen beim Iranischen Kulturfestival in Düsseldorf**

Am Eröffnungstag des Iranischen Kulturfestivals vom 12. September bis 13. Oktober 1991 in Düsseldorf kam es zu massiven Protesten und Störaktionen von Seiten iranischer Oppositioneller. Auch anschließende Veranstaltungen waren begleitet von zum Teil schweren Auseinandersetzungen zwischen Störern und regimetreuen Iranern. Die Störaktionen gingen hauptsächlich aus von Anhängern der Volksmodjahedin Iran; sie äußerten in einer Presseerklärung die Erwartung, daß die deutschen Behörden die Fortsetzung dieses “Festivals der Folter, der Massaker und des Terrors aus Achtung vor der Kultur und Menschlichkeit verhindern”. Als Störer traten auch Angehörige der Volksfedayin Iran (“Neue Linke”) in Erscheinung. Auf der Gegenseite standen fanatische Fundamentalisten aus den Reihen der Union Islamischer Studenten in Europa (UISA, Sitz Aachen) und der vom Iran gesteuerten libanesischen HIZB ALLAH.

## **5.6 Srilanker (Tamilen)**

### **Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)**

Sitz der Sektion

Deutschland: vermutlich Gummersbach

Ziel: Schaffung eines unabhängigen Tamilenstaates im Norden Sri Lankas

### **Erpressungsversuch gegenüber Landsleuten**

In einem Hagener Asylbewerberwohnheim kam es im Juni 1991 zu Tötlichkeiten zwischen Gruppen aus Sri Lanka. Tamilen sollen mit Gewalt versucht haben, von singhalesischen Landsleuten Beiträge für die separatistische LTTE und deren "Befreiungskampf" im Heimatland einzufordern. Die herbeigerufene Polizei stellte sechs Eisenstangen sicher.

## **5.7 Reaktionen auf die Nahost-Friedenskonferenz**

### **Islamisch-palästinensische "Ablehnungsfront"**

Gegen die am 30. Oktober 1991 in Madrid eröffnete Nahost-Friedenskonferenz haben sich - unter Führung des Iran - islamische Fundamentalisten (u. a. HAMAS, HIZB ALLAH) und militante Palästinensergruppen (u. a. ABU NIDAL-Organisation, Volksfront für die Befreiung Palästinas/PFLP, PFLP-Generalkommando) formiert. Auf einer Tagung dieser "Ablehnungsfront" im Oktober in Teheran wurden Drohungen nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die verhandlungsbereiten Palästinenser und die PLO laut. Je nach Konferenzverlauf muß auch in Nordrhein-Westfalen mit Zusammenstößen von Gegnern und Befürwortern der arabischen Verhandlungspositionen gerechnet werden.

## **5.8 Auswirkungen des Konflikts im früheren Jugoslawien**

### **Erhöhung der Spannungen unter hiesigen jugoslawischen Volksgruppen**

Die verstärkten Autonomiebestrebungen mehrerer Völker im früheren Jugoslawien führten in Nordrhein-Westfalen zu zahlreichen Demonstrationen auch von Extremisten, die jedoch friedlich verliefen. Der Ausbruch des Bürgerkriegs nach Abspaltung der Republiken Slowenien und Kroatien hat die Spannungen unter den hier lebenden Volksgruppen erhöht. Vor allem nationalbewußte Kroaten schlossen sich in Vereinen zusammen und schickten hohe Spenden in die Heimat. Auch sollen kroatische Extremisten nach Hause zurückgekehrt sein um den Befreiungskampf Kroatiens zu unterstützen. Behauptungen in der Presse, wonach hierzulande von Kroaten Gelder für Waffenkäufe gesammelt und Freiwilligenverbände für den Kriegseinsatz in der Heimat aufgestellt würden, ließen sich bislang nicht bestätigen.

Zu befürchteten Konfrontationen namentlich zwischen serbischen und kroatischen Volksgruppen im Bundesgebiet kam es jedenfalls nicht. Allerdings waren 1991 in Nordrhein-Westfalen u. a. folgende gewaltsame Vorfälle vor dem Hintergrund des Nationalitätenkonflikts zu verzeichnen:

*3. Juli, Wuppertal, die Wohnung einer Serbin wurde verwüstet. Die Täter schmierten die Parole "Nieder mit den Serben". Auch wurde die Betroffene mehrfach durch serbenfeindliche Telefonanrufe belästigt.*

18. September, Leverkusen, eine "Jugoslawische Befreiungsfront" richtete Bombendrohungen gegen die Ratsfraktionen der SPD und "Republikaner".
19. September, Düsseldorf, Sachbeschädigungen am Schweizer Generalkonsulat. Als Urheber werden serbische Kreise vermutet (Der Schweizer Bundesrat hatte Ende August die Serben für den Konflikt im Krisengebiet verantwortlich gemacht).
05. November, Witten, eine Schülerin aus Bosnien erhielt eine anonyme telefonische Morddrohung, nachdem sie sich in der Schule geweigert hatte, einen Film über Kroatien anzusehen.
21. November, Bonn, ein Anrufer mit kroatischem Akzent drohte der jugoslawischen Botschaft eine "Bluthochzeit" an, insbesondere die Entführung von Kindern der Botschaftsangehörigen und die "Abschlachtung" von Diplomaten.
29. Dezember, Meschede, vier Serben überfielen drei Bosnier in einem Asylbewerberwohnheim. Sie beschimpften sie als "Vaterlandsverräter" und verletzten einen von ihnen mit einem Baseballschläger. Bei ihrer Flucht vor der herbeigerufenen Polizei schossen sie mehrmals auf das Fenster der Bosnier.

## 5.9 Spanier

### ETA-Anschläge

In der Nacht zum 11. Juli 1991 detonierten nahezu zeitgleich Sprengsätze vor den spanischen Generalkonsulaten in Düsseldorf und München. Die Sachschäden waren erheblich. Ein weiterer Sprengsatz vor einer spanischen Bank in München kam nicht zur Explosion.

Zu den Anschlägen hat sich die baskische Terrororganisation ETA bekannt, die für die "Freiheit des Baskenlandes" kämpft. Bisher waren Anschlagssziele vornehmlich staatliche Vertreter und Einrichtungen in Spanien. Der Ankündigung der ETA, ihre Aktivitäten auf das europäische Ausland auszuweiten, folgten Anschlagsserien in den Niederlanden von 1989 bis 1990 und in Italien von Juni bis August 1991.

In der Bundesrepublik Deutschland hat die ETA zuvor keine Attentate verübt. Im Juni 1986 richtete sie "lediglich" Drohschreiben an die Büros der Deutschen Luftwaffe in Bonn und London, in denen sie Anschläge auf Touristenzentren in Spanien ankündigte.

## 5.10 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten

### 5.10.1 Ausgeführte Gewalttaten

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen haben 1991 349 vollendete oder versuchte Gewalttaten gemeldet. Im einzelnen (entsprechende Vorjahreswerte in Klammern):

- 1 (2) Mordanschlag\*

2	(4)	Sprengstoffanschläge
126	(30)	Brandanschläge
7	(0)	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr
0	(2)	Anschläge auf Hochspannungsmasten
213	(61)	gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen.

### **Zahl der politisch motivierten Gewalttaten stark angestiegen**

Die Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten hat sich 1991 mit 349 Fällen (1990: 98) erneut deutlich erhöht, wobei der Schwerpunkt mit 264 Gewalttaten im zweiten Halbjahr (erstes Halbjahr = 85 Fälle) lag.

Dieser Anstieg um über 250% erstreckt sich auf die Erfassungsbereiche "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" mit 213 Fällen und "Brandanschläge" mit 126 Fällen sowie "gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr" mit 7 Fällen. In den übrigen Fallgruppen ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen.

Bei der Mehrzahl der registrierten Brandanschläge handelt es sich um versuchte Straftaten und Ereignisse mit geringem Schadensaufkommen. Die Anschläge wurden überwiegend im Zusammenhang mit den anhaltenden Protestaktionen gegen Asylbewerber (100 Fälle) und der Golfkrise (7 Fälle) sowie den Vorgängen in der Türkei/Kurdistan (6 Fälle) verübt.

Der Anstieg in der Fallgruppe "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" ist hauptsächlich auf fremdenfeindlich motivierte Straftaten zumeist jüngerer und nicht organisationsgebundener Täter gegen Ausländer-/Asylbewerberwohnheime (153 Fälle)\*\* sowie auf Aktionen des militanten linksextremistischen Spektrums im Rahmen der Themenbereiche Golfkonflikt (20 Fälle), Hausbesetzungen (10 Fälle) und Antifaschismus/Asylpolitik (10 Fälle) zurückzuführen. Die Straftaten wurden vorwiegend durch Einwerfen von Fensterscheiben und Beschädigungen an Eingangstüren verübt.

Des weiteren belegen insgesamt 77 Körperverletzungen zum Nachteil von Ausländern/Asylbewerbern die erhebliche Gewaltbereitschaft gerade bei Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation.

Die Anfang 1991 registrierten 7 Straftaten der Fallgruppe "Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr" dürften aufgrund der zeitlichen Nähe und der ausgewählten Angriffsziele (nur Bahnstrecken, auf denen u. a. auch Munitionstransportzüge verkehren) der Thematik Golfkonflikt zuzuordnen sein.

Wie bereits 1990 richteten sich die erfaßten Straftaten vornehmlich gegen Wohnheime für Asylbewerber/Aus- und Übersiedler, Wirtschaftsunternehmen, öffentliche und militärische Einrichtungen sowie ausländische Vertretungen und Geschäftsbetriebe.

Die Ermittlungen weisen darauf hin, daß von den 128 Sprengstoff- und Brandanschlägen 6 Straftaten dem militanten linksextremistischen Spektrum und 8 Fälle ausländischen Tätern/Gruppierungen zuzurechnen sind. 6 Fälle der letztgenannten 8 Anschläge dürften als Protestaktion kurdischer und türkischer Extremisten auf die Ereignisse in der Türkei/Kurdistan zu bewerten sein. Weitere 100 Anschläge waren gegen Ausländer-/Asylbewerberwohnheime und Einrichtungen ausländi-

scher Mitbürger gerichtet. Lediglich 3 dieser 100 Fälle waren erkennbar von rechtsextremistisch ausgerichteten Tätern ausgeführt worden. Überwiegend dürfte es sich bei diesen Anschlägen um spontane Aktionen örtlicher Täter aus fremdenfeindlichen Motiven gehandelt haben. Eine Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen ist derzeit nicht erkennbar. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der menschengefährdende Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim in Hünxe am 3. Oktober 1991 zu nennen. Den zeitlichen Brennpunkt dieser Anschläge, wie auch der anderen fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten, bildeten die Monate September bis November 1991, wobei die gewalttätigen Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda im September 1991 als Initialzündung gewirkt haben. Nach dem Höchststand im Oktober ist eine deutliche rückläufige Entwicklung feststellbar. Die restlichen 14 Straftaten boten bislang keine ausreichenden Fakten für eine konkrete Zuordnung.

Der Mordanschlag wurde durch die RAF auf den Vorsitzenden der Treuhand, Dr. ROHWEDDER, am 1. April 1991 in Düsseldorf verübt. Ein weiterer Schußwaffenschlag der RAF auf das Gebäude der US-Botschaft am 13. Februar 1991 in Bonn-Bad Godesberg wurde in der Fallgruppe "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" erfaßt.

Die beiden Sprengstoffanschläge wurden am 8. Januar 1991 durch die "Revolutionären Zellen" auf das Gebäude der Staatskanzlei/Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Versuch) und am 11. Juli 1991 durch die baskische Terrororganisation "ETA" auf das spanische Generalkonsulat in Düsseldorf ausgeführt.

---

\* Ein versuchter Mordanschlag in 1990 wurde durch Sprengmittel verübt. Dieser Fall ist daher auch in der Zahl der Sprengstoffanschläge (4) enthalten

\*\* Die Gesamtzahl der Gewalttaten gegen Ausländer/Asylbewerber sowie deren Unterkünfte einschließlich der Taten, in denen eine politische Motivation nicht belegbar ist, liegt jedoch wesentlich höher (709 Fälle).

## 5.10.2 Angedrohte Gewalttaten

### Zahl der angedrohten Straftaten wieder deutlich angestiegen

1991 wurden von den Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 296 anonym fernmündlich oder schriftlich angedrohte Straftaten registriert, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde. Berücksichtigung fanden hierbei nur Ereignisse mit ernstzunehmenden Tatumständen. Gegenüber 1990 (118 Fälle) liegt ein deutlicher Anstieg um 150% vor, was im ersten Halbjahr auf den Krieg am Golf und im zweiten Halbjahr auf die Asyl-/Ausländerdiskussion zurückzuführen ist.

In 109 Fällen handelt es sich um sogenannte Bombendrohungen, die in ihrer Mehrzahl gegen öffentliche Einrichtungen, Industrieunternehmen, militärische Objekte, Kaufhäuser und Unterkünfte von Asylbewerbern/Aus-/Übersiedlern gerichtet waren. In den 187 Fällen sonstiger Bedrohungen waren vorwiegend Asylbewerber/Aus-/Übersiedler (99 Fälle), öffentliche Einrichtungen, Personen des öffentlichen Lebens (Politiker) und Privatpersonen betroffen.

## **6 Spionageabwehr**

### **6.1 Allgemeines**

Die 1991 angefallenen Erkenntnisse lassen ein umfassendes und eindeutiges Lagebild weder zur Umstrukturierung noch zur Entwicklung der Aktivitäten fremder Nachrichtendienste, insbesondere der osteuropäischen Staaten, zu. Unzweifelhaft ist jedoch, daß der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die politische Neuorientierung in den Staaten des früheren Warschauer Paktes entscheidend zur Veränderung der nachrichtendienstlichen Bedrohungslage - auch für Nordrhein-Westfalen - beigetragen haben. Insoweit hat das aus dem früheren Ost-West-Verhältnis resultierende Gefährdungspotential an Bedeutung verloren. Zumindest ist zur Zeit ein Nachlassen der Aggressivität der östlichen Nachrichtendienste zu beobachten, da die Hinwendung zum Westen wahrscheinlich durch politische Vorsicht und Rücksichtnahme im Spionagebereich begleitet werden soll.

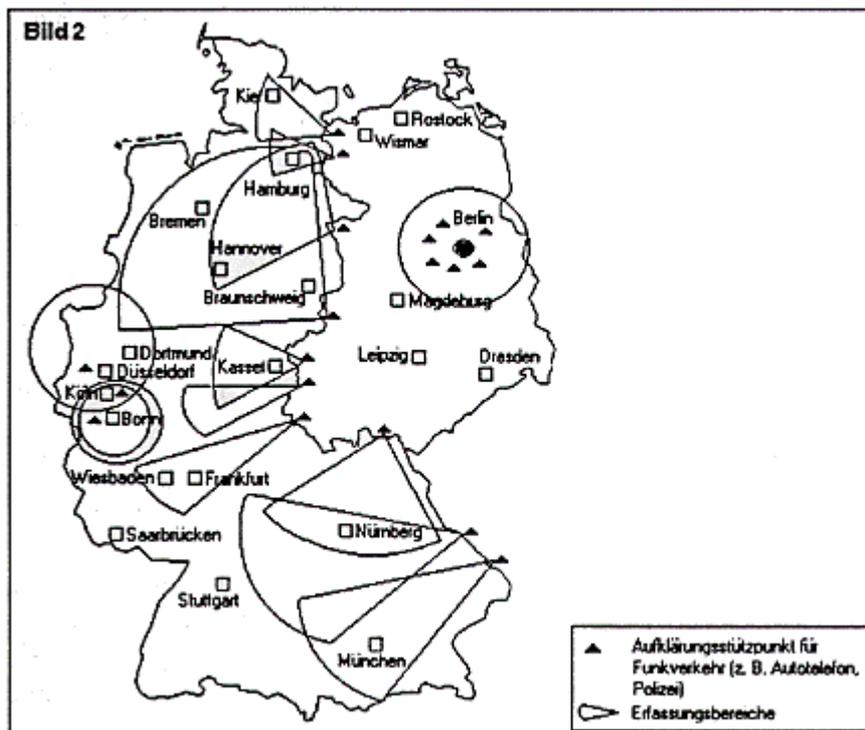
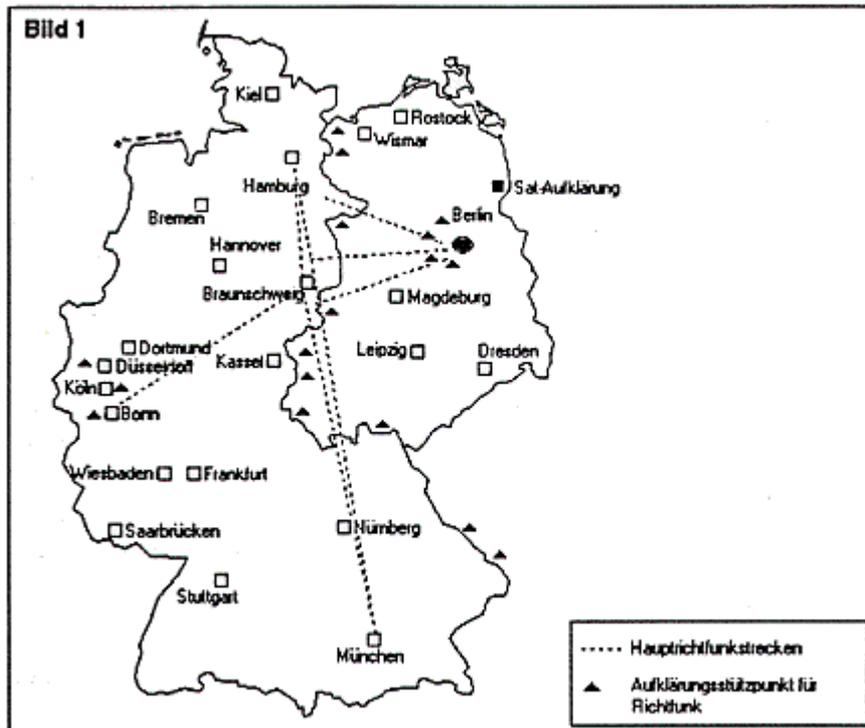
Die weitere Annäherung von Ost und West hat schon 1991 unmittelbare Auswirkungen auf die islamische und Dritte Welt gezeigt, daß heißt, sie beeinflusst den Nord-Süd-Konflikt. Die wirtschaftliche Not der Dritten Welt, der Expansionsdrang des islamischen Fundamentalismus und die schon jetzt eingetretene Isolierung einiger islamischer Staaten sind Faktoren, die sich - auch auf dem Gebiet der Spionage - gegen den Norden richten. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ist darauf eingerichtet, auch diesem Gefährdungspotential entsprechende Abwehrmaßnahmen entgegenzustellen.

### **6.2 Lagebericht**

#### **6.2.1 Nachrichtendienste der ehemaligen DDR**

##### **“Stasi-Hinterlassenschaft”**

1991 zeigte das Hinweisaufkommen zu Agenten des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), insbesondere der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), in Nordrhein-Westfalen rückläufige Tendenz. Die Spionageabwehr ging insgesamt etwa 400 derartigen Spurenhinweisen nach mit dem Ziel hier tätig gewesene oder ansässige Agenten zu enttarnen. Dieses Aufarbeiten der “Stasi-Hinterlassenschaft”, das heißt die Aufdeckung von Agenten sowie das Verhindern ihrer Übernahme durch andere fremde Nachrichtendienste, ist auch 1991 einer der Schwerpunkte der Spionageabwehrarbeit gewesen. Dabei sind in Nordrhein-Westfalen keine Fälle bekanntgeworden, in denen frühere MfS-Agenten von fremden Nachrichtendiensten übernommen worden sind oder werden sollten.



### Abhörmaßnahmen des MfS gegen westliche Teilnehmer am Fernmeldeverkehr

Die illegalen Eingriffe des MfS vor 1991 betrafen den gesamten Fernmeldeverkehr, also den Fernsprech-, Fernschreib-, Telefax- und Datenverkehr, sowie den Funkverkehr, wobei die Funkfrequenzen der Behörden und Organisationen mit Si-

cherheitsaufgaben und mobiler Telefonanlagen (Autotelefon) von besonderer Bedeutung waren.

Die illegalen Eingriffe erfolgten

- *durch "Anzapfen" leitungsgebundener Übertragungswege*
- *durch Abhören des über Richtfunkstrecken abgewickelten Fernmeldeverkehrs von bestimmten Aufklärungsstützpunkten aus (Bild 1)*
- *durch Überwachung des über Satellit abgewickelten Fernmeldeverkehrs*
- *durch Abklären "interessanter" Funkfrequenzen in begrenzten Erfassungsbereichen (Bild 2).*

Das Problem, vor das sich das MfS gestellt sah, war die Selektion "interessanter" Informationen aus dem gesamten Nachrichtenfluß. Es wurde dadurch gelöst, daß das MfS computergestützte Technik entwickelte und teilweise illegal beschaffte, mit der es möglich war, aus der Vielzahl aufgefangener Signale bestimmte Informationen herauszufiltern. Die illegalen Eingriffe in den Fernmeldeverkehr erfolgten in Aufklärungsstützpunkten, die an I strategisch günstigen Plätzen entlang der Grenzen der früheren DDR und der CSFR zur Bundesrepublik Deutschland sowie im "alten Bundesgebiet" eingerichtet waren. Mit den eingesetzten rechnergestützten Abhöranlagen konnten vorgegebene Anschlußnummern, die auf Datenträgern gespeichert waren und monatlich aktualisiert wurden, erkannt und der folgende Gesprächs- oder sonstige Nachrichteninhalt auf Ton- oder Datenträger aufgezeichnet werden. Auf diese Weise wurden bestimmte Teilnehmer am Fernmeldeverkehr mit großer Zuverlässigkeit teilweise systematisch überwacht.

### **Generelle Abhörgefahr**

Abgesehen von den beschriebenen Aktivitäten des ehemaligen MfS besteht auch heute eine generelle Abhörgefahr. Jeder, der empfindliche Informationen über Draht oder Funk austauscht, muß berücksichtigen, daß er mit mehr oder weniger großem Aufwand abgehört werden kann.

So bietet z. B. der Handel ohne Rücksicht auf einschränkende Vorschriften der Telekom zum Teil preisgünstige Abhörempfänger (sogenannte Scanner) an, die es erlauben, bestimmte Funkverkehrskreise abzuhören. Wer sichergehen will, daß seine Informationen nicht an Unbefugte gelangen, muß auf der Sende- und Empfangsseite seine Kommunikation durch Einsatz von Verschlüsselungsgeräten sichern.

Der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen liegen keine konkreten Erkenntnisse darüber vor, ob und evtl. in welchem Umfang Überwachungseinrichtungen des ehemaligen MfS von fremden Nachrichtendiensten, insbesondere denen der früheren Sowjetunion, übernommen worden sind.

## **6.2.2 Östliche Nachrichtendienste**

### **Auslandsaufklärung im nationalen Interesse**

Nach wie vor kann das Erkenntnisbild bezüglich der östlichen Nachrichtendienste nur als unübersichtlich bezeichnet werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Nachrichtendienste der ehemaligen UdSSR nach dem Putsch vom August 1991. Im Rahmen auch 1991 andauernder organisatorischer und gesetzgeberischer Maßnahmen zur Neustrukturierung ihrer Dienste sowie entsprechender Festlegung der operativen Ziele haben fast alle osteuropäischen Staaten - in teils unmißverständlicher Deutlichkeit und Offenheit - erklärt, eine nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung sei in ihrem nationalen Interesse erforderlich. Soweit bisher bekanntgeworden, werden ihre Auslandsnachrichtendienste nunmehr unter folgenden Bezeichnungen geführt oder sind die genannten Ämter/Dienste u. a. mit entsprechenden Aufgaben betraut:

- *Bulgarien*  
*NATIONALNATA SLUZHBA ZA RAZUZNAVANE*  
*(NSR) = Auslandsnachrichtendienst*  
  
*RAZUZNAVATELNO UPRAVLENIE NA MINISTERTVO NA NARODNATA OTBRANA*  
*(RUMNO) = Militärischer Aufklärungsdienst*
- *CSFR*  
*Verfassungsschutzamt*
- *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)*  
*“Aufklärungsdienst Rußlands”*
- *Früheres Jugoslawien*  
*Slusba drzavne bezbednosti (SDB) = Staatssicherheitsdienst*  
  
*Kontraobavestajna sluzba (KOS) = Militärischer Nachrichtendienst*  
  
*Slusba za istrazivanje i dokumentaciju (SID) = Auslandsnachrichtendienst des jugoslawischen Auswärtigen Amtes*  
  
*Republiks SDB (RSDB) = Serbischer Staatssicherheitsdienst*
- *Polen*  
*Urząd Ochrony Państwa (UOP) = Amt für den Schutz des Staates*
- *Rumänien*  
*Serviciul de Informatii Externe (SIE) = Auslandsnachrichtendienst*  
  
*Directia de Informatii a Armatei (DIA) = Militärischer Nachrichtendienst*
- *Ungarn*  
*Informationsamt der Republik Ungarn = Auslandsnachrichtendienst*  
  
*Aufklärungsamt der ungarischen Armee (KFH) = Militärischer Nachrichtendienst*

Aus verschiedenen Berichten und Hinweisen im Jahre 1991 sind Anzeichen zu entnehmen, die auf einen offenbar zunehmenden Versuch der Einbindung von Aussiedlern und Asylbewerbern in nachrichtendienstliche Aktivitäten hindeuten. Derartige Werbungsversuche oder Ansprachen erfolgten u. a. im Rahmen der Antragstellung auf Aussiedlung, aber auch bei Besuchsreisen, Aufhalten von Verwandten oder Freunden in Osteuropa sowie nach entsprechenden Briefkontakten.

Beispielsweise erklärten jetzt in Nordrhein-Westfalen ansässige Aussiedler aus der früheren Sowjetunion, zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit aufgefordert zu sein. Einerseits sollten sie "auf Perspektive" mitarbeiten, daß heißt erst nach einer Zeit der Eingewöhnung in der Bundesrepublik Deutschland tätig werden. Andererseits sind Besuchsreisende gebeten worden, z. B. über Aussiedlerkreise oder auch über das Registrierverfahren für Aussiedler aktuell zu berichten. Wie bereits in den Vorjahren sind den Betroffenen in diesem Zusammenhang Nachteile bzw. Vergünstigungen in Aussicht gestellt worden, wie Ausreisesperren oder Zusagen für berufliche Vorteile oder bessere Reisemöglichkeiten.

Derartige Aktivitäten ehemaliger sowjetischer Nachrichtendienste sind - auch vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Aufarbeitung sogenannter Altfälle des MfS- insoweit erwartungsgemäß festgestellt worden, als diese Dienste ihren durch den Wegfall der "Basis DDR" verursachten Nachrichtenverlust ausgleichen.

### **6.2.3 Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens**

Über die nur schwer zu durchdringenden geheimdienstlichen Strukturen der Staaten dieser Gebiete gibt es zur Zeit kein vollständiges Bild. Zeitweilige Aufenthalte geheimdienstlichen Personals dieser Staaten in der Bundesrepublik Deutschland sind belegbar. Seine Aktivitäten deuten darauf hin, daß nach wie vor militärisch verwendbare Technologie und sogenannte "dual-use"

Güter beschafft werden sollen. Hierbei scheinen die verschärften Exportbestimmungen zu greifen, denn die Quantität von Hinweisen auf Beschaffungsvorgänge, hinter denen staatliche und mutmaßlich geheimdienstliche Organisationen stehen, ist rückläufig. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Sensibilität der Bevölkerung hinsichtlich solcher Vorgänge immer von aktuellen Ereignissen abhängig ist. In diesem Zusammenhang ist fraglich, ob es nur ökonomische Gründe waren, daß staatliche Firmen aus den Ländern der Golfregion, die am Golfkonflikt beteiligt waren und im Verdacht stehen, illegale Waffengeschäfte abgewickelt zu haben, ihre Stützpunkte innerhalb Europas verlagert haben.

### **6.3 Ausblick für die Spionageabwehr**

Die Aufarbeitung der "Stasi-Hinterlassenschaft" wird die Spionageabwehr noch geraume Zeit beschäftigen. Mitentscheidend für den Zeitpunkt der Erledigung dieser Aufgabe wird nicht zuletzt die Klärung der Frage sein, wie die hauptamtliche Tätigkeit ehemaliger MfS-/HVAMitarbeiter strafrechtlich bewertet wird.

Es zeichnet sich ab, daß der Bereich der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage in nächster Zeit im Vordergrund fremder Nachrichtendienste stehen dürfte. Allerdings verliert die klassische nachrichtendienstliche Konspiration auf diesem Gebiet

augenscheinlich an Bedeutung und wird zunehmend durch offene Vorgehensweisen ersetzt. Die Spionageabwehr hat sich darauf einzurichten.

Unter Berücksichtigung der weltpolitischen Entwicklung ist zu erwarten, daß aggressive totalitäre Staaten sich weiterhin mit bakteriologischen, chemischen und nuklearen Waffen aufzurüsten versuchen. Mit verstärkten Beschaffungsbemühungen, für die sie auch ihre Nachrichtendienste einsetzen, muß gerechnet werden. Einer solchen Gefährdung, die das friedliche Zusammenleben der Völker und auch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder bedroht, hat der Verfassungsschutz geeignete Abwehrmaßnahmen entgegenzustellen.

Unter Berücksichtigung der dargelegten Entwicklung und unter Einbeziehung der Erkenntnisse über die Arbeitsweisen des ehemaligen MfS dürfen nachrichtendienstliche Bestrebungen oder Tätigkeiten nicht isoliert von den jeweiligen Staatsapparaten und deren politischen, religiösen sowie ökonomischen Zielsetzungen gesehen werden. Das verlangt eine ganzheitliche Betrachtung und Bewertung seitens der Spionageabwehr und eine entsprechende Weiterentwicklung von Abwehrmaßnahmen.

### ***Hinweise und Beratung von Bürgern***

Die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen berät in klärungsbedürftigen Angelegenheiten und nimmt einschlägige Hinweise entgegen:

Innenministerium Nordrhein-Westfalen  
- Abteilung VI -  
Haroldstraße 5  
Postfach 10 30 13  
4000 Düsseldorf 1  
Telefon (0211/ 8 71-2821).

## **7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums**

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind auch 1991 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

### **7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten**

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind 1991 insgesamt 1.428 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 177 Verfahren gegen 332 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 96 Personen; fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 54 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

### **7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten**

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften 1991 insgesamt 487 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1991 ist in 105 Verfahren gegen 150 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 88 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; acht Angeklagte freigesprochen. Gegen 44 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

## Anlage: Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

### Innenministerium NRW

Abt. Verfassungsschutz

Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

